

## Paradoxe Kontinuitäten: die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren

Spanger, Hans-Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Spanger, H.-J. (2005). *Paradoxe Kontinuitäten: die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren*. (HSFK-Report, 12/2005). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283827>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Hans-Joachim Spanger

# **Paradoxe Kontinuitäten**

## **Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren**

HSFK-Report 12/2005



**Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung**

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81

E-Mail: [spanger@hsfk.de](mailto:spanger@hsfk.de) · Internet: <http://www.hsfk.de>

**ISBN: 3-937829-25-3**

Euro 6,-

## Zusammenfassung

„Heute sind Deutsche und Russen einander so eng verbunden wie nie zuvor. Uns eint eine strategische Partnerschaft für ein friedliches, prosperierendes Europa und eine stabile Weltordnung.“ So lautet die Bilanz der deutschen Russlandpolitik, die Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 2005 zog. Ob als Selbstfindung oder Irrfahrt, in ihr findet der von ihm und seiner Koalition mit „Selbstbewusstsein“ für die eigenen „Interessen“ reklamierte „deutsche Weg“ materiell seinen wohl deutlichsten Ausdruck. Den deutsch-russischen Beziehungen kommt daher für die Beurteilung der Raison deutscher Außenpolitik ebenso exemplarische Bedeutung zu, wie sich die Frage stellt, ob der von Schröder eingeschlagene Kurs den Übergang von der rot-grünen zur schwarz-roten Koalition unbeschadet überstehen wird.

In der Vergangenheit war Kontinuität keineswegs selbstverständlich. So gestaltete sich der rot-grüne Start 1998 alles andere als viel versprechend, denn mit dem Regierungswechsel erlebten die deutsch-russischen Beziehungen erst einmal einen beträchtlichen Temperatursturz. Nach der „Saunafreundschaft“ zwischen Helmut Kohl und Boris Jelzin sollten die Beziehungen mit Moskau sowohl auf eine neue als auch auf eine breitere Grundlage gestellt werden, was weniger materielle Spendierfreudigkeit und mehr demokratische und rechtsstaatliche Forderungen einschloss. Auch sah das deutsche außenpolitische Koordinatensystem, fest in den westlichen Strukturen verankert, bilaterale Avancen nur am Rande vor. Das hat sich spätestens 2003 geändert. Komplementäre ökonomische Interessen, Übereinstimmung in praktisch allen internationalen Fragen und namentlich dem Irak, die Sicherung der Stabilität in Russland sowie nicht zuletzt die deutsche historische Verantwortung begründen offiziell, was sich seither als Schröders Russlandpolitik vollendet hat. Die damalige Opposition hielt dem den Verlust an Klarheit und Wahrheit entgegen und monierte in einer zunehmend schärfer artikulierten Kritik die Bildung einer „Achse“ auf Kosten der kleineren europäischen Nachbarn sowie eines antiamerikanischen „Gegengewichts“ auf Kosten der existenziell wichtigen transatlantischen Beziehungen.

Die wissenschaftliche Debatte dreht sich vor allem um die Frage, ob diese Berliner Variante einer neuen deutschen Außenpolitik noch in den Rahmen der einst in Bonn geprägten Kontinuität passt. Ihre Beiträge rekurren mehr oder weniger explizit auf die klassischen theoretischen Zugänge, die zwar keine definitiven Erklärungen formulieren, wohl aber erlauben, das empirische Material der deutsch-russischen Beziehungen zu strukturieren: der Neorealismus, der *prima facie* mit den achsenpolitischen Alleingängen konform geht, der Liberalismus, der dem starken wirtschaftspolitischen Akzent Plausibilität verleiht und der Konstruktivismus, der zumindest das Argument der historischen Verantwortung stützt, zugleich aber auch über das Konzept der Zivilmacht Elemente zur Erklärung der „Friedensachse“ in der Opposition gegen den Irak-Krieg sowie zur handelsstaatlichen Orientierung bereit hält. Dies lässt sich in den drei Dimensionen der sicherheitspolitischen und der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der Demokratieförderung vertiefend illustrieren.

Der offiziell herausragende Begriff zur Charakterisierung der deutsch-russischen Beziehungen im allgemeinen sowie der sicherheitspolitischen Beziehungen im besonderen

ist die „strategische Partnerschaft“. Dabei handelt es sich primär um ein politisches Programm mit hoher Symbolik, aber wenig operativem Gehalt mit Wurzeln in den frühen 1990er Jahren. Allerdings hat sich hier in den letzten Jahren einiges geändert, denn in den 1990er Jahren war Russland für den Westen eher ein Sicherheitskonsument denn ein Sicherheitsproduzent, das heißt die Hauptsorge galt der Instabilität im Lande und seinem Chaospotenzial. Zu einem Sicherheitsproduzenten und insoweit auch operativ „strategischen Partner“ des Westens wurde Russland erstmals im Zuge des Kosovo-Konflikts und dann dezidiert nach dem 11. September 2001. Das paradoxe Ergebnis war, dass mit der Annäherung Russlands an die multilateralen westlichen Kooperationsstrukturen zugleich Voraussetzungen geschaffen wurden, um diese bilateral zu unterlaufen. Im gleichen Maße, wie die USA seit der Intervention in Afghanistan die NATO in unterschiedlich komponierte „Koalitionen der Willigen“ zerlegte, betrieb daher auch Deutschland koalitionsäre Selbstbehauptung. Doch sollte dies nicht überschätzt werden, denn über die symbolisch aufgeladene „Achse“ hinaus blieb die deutsch-russische Kooperation in der Sicherheitspolitik ebenso begrenzt wie der materielle Gehalt ihrer gemeinsamen Opposition gegen den Irak-Krieg.

Weit wichtiger sind die Wirtschaftsbeziehungen, die, daran lassen beide Seiten keine Zweifel, das eigentliche Fundament der deutsch-russischen Beziehungen darstellen. Das korrespondiert auf deutscher Seite sowohl mit den Normen als auch den Interessen, die in bundesdeutscher Tradition übereinstimmend auf eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen durch Vertiefung der wirtschaftlichen Interdependenz setzen. Tatsächlich ist Russland in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten und dynamischsten Wirtschaftspartner aufgestiegen, wobei die Sicherung der Energiequellen ein wesentlicher, aber längst nicht mehr der entscheidende Antrieb war. Auch stellen die deutsche Wirtschaft und deren politische Repräsentanten die dezidierteste und einflussreichste Lobby für Russland dar. Sie hatten darin mit Schröder einen kongenialen Partner gefunden, der ihre Interessen mühelos zum nationalen deutschen Interesse stilisierte.

Den einzigen Störfaktor von Gewicht in den deutsch-russischen Beziehungen stellt die innere Entwicklung Russlands dar. Hier ist eine wachsende Diskrepanz zu verzeichnen, denn während sich in der Amtszeit Wladimir Putins bei den sicherheitspolitischen und den ökonomischen deutschen Interessen eine signifikante Annäherung vollzogen hat, vergrößerte sich die Distanz bei den demokratischen Werten. Da sich Werte und Interessen jedoch kaum dauerhaft separieren lassen, lauert hier ein Sprengsatz, den die einstige Opposition mit ihrer Forderung nach „klaren und offenen Worten“ immer mal wieder zur Detonation bringen wollte. Allerdings blieben diese Attacken rein deklaratorisch und zumeist auf den Bundeskanzler mit seinen höchst eigenen Einschätzungen – Putin als „lupenreiner Demokrat“ ist das prominenteste Beispiel – beschränkt. Offenkundig ging es bei den Auseinandersetzungen über die politische Situation in Russland weniger um alternative Politik-Entwürfe als um die unterschiedlichen Rollen, die Regierung und Opposition oder auch im Lager der Regierungsmehrheit die Vertreter der Exekutive und der Legislative ausfüllen. Beim klassischen Konfliktthema Tschetschenien jedenfalls herrscht allgemeine Ratlosigkeit, und auch bei der Krise, die mit der „Orangen Revolution“ in der Ukraine aufschien, hielten sich Schadensbegrenzung und prinzipielle Sympathie die Waage. Darüber hinaus unternahm gerade auch die rot-grüne Koalition einige Anstrengun-

gen, um eine transnationale Kooperationsinfrastruktur zu schaffen, die dem Ziel verpflichtet ist, im Sinne der modernisierungstheoretischen Grundannahmen die sozioökonomischen Bedingungen der Demokratisierung in Russland zu verbessern.

Zwar hatte die CDU/CSU-Opposition keinen öffentlichen Zweifel gelassen, dass sie wie 1998 die SPD die deutsche Russlandpolitik auf eine neue Grundlage stellen wollte, die durch Wiederbelebung der vertrauten Bonner Zivilmacht multilateralen Demokratiep postulaten mehr und unilateraler Interessenpraxis weniger Gewicht einzuräumen beabsichtigte. Gemessen daran demonstriert die neue Regierung aber eine auffallende Kontinuität. Das mag angesichts der Tatsache, dass in der Großen Koalition die einst größte Regierungs- und die einst größte Oppositionspartei vereint sind, nicht überraschen, erschöpft sich darin jedoch nicht.

Während Russland in nahezu jeder Dimension das Kontrastprogramm zu einer Zivilmacht verkörpert, ist es zugleich ein gewichtiger Partner für die deutschen sicherheitspolitischen und mehr noch seiner ökonomischen Interessen. Unter realistischen und liberalen Auspizien ist eine Annäherung zwar nicht zwingend, aber durchaus plausibel, zumal es seit den Zeiten der rot-grünen Koalition praktisch keine bilateralen Probleme mehr gibt, die ihr entgegen stehen würden. Anders verhält es sich beim Demokratieproblem, das ein – wachsendes – Konfliktpotenzial für die deutsch-russischen Beziehungen und damit potenziell auch für die Koalition birgt.

Es ist dieser Kontrast zur Zivilmacht, der bis heute den politischen Diskurs in Deutschland prägt, denn er bietet der Kritik an der regierungsamtlichen Praxis und ihrer Betonung gemeinsamer Interessen einen unmittelbar plausiblen programmatischen Anker. Dabei tritt das strukturelle Dilemma der Russlandpolitik hinzu, dass die *entente cordiale* an der Staatsspitze mit einer immer noch ausgeprägten Distanz an der gesellschaftlichen und politischen Basis kontrastiert. Dort verfügt Russland heute allein in der deutschen Wirtschaft über eine artikulierte Lobby, während jede Dissonanz umgehend antirussische gesellschaftliche Reflexe mobilisiert. Es fehlt ihr folglich nach innen ein gesellschaftlich-infrastrukturelles Fundament wie nach außen ein fester institutioneller Rahmen, was den demonstrativen *accord* an der Spitze ebenso beliebig und artifiziell erscheinen lässt, wie er zugleich notwendige Voraussetzung jeglicher substanzieller Annäherung ist. Aus all dem folgte in der Vergangenheit, dass Regierungswechsel die in der Opposition geschärften Diskursmuster unmittelbar in das Regierungshandeln durchschlagen ließen.

Daraus ergeben sich unmittelbare Anforderungen. Zwar ist die Infrastruktur im Bereich der wirtschaftspolitischen Kooperation gut entwickelt, doch fehlt ein Äquivalent auf der außenpolitischen Ebene, wie es etwa unter US-Präsident Clinton die Gore-Tschernomyrdin-Kommission darstellte. Hier gibt es folglich Handlungsbedarf, zumal die Männerfreundschaft an der Spitze aus naheliegenden Gründen erst einmal ausfällt. In jedem Fall bedürfen die bilateralen Beziehungen einer stabilen institutionellen Basis, soll „strategische Partnerschaft“ mehr als ein Placebo für mangelnde Anbindung sein und sollen diese weniger konjunkturanfällig werden. Das aber ist ohne einen multilateralen Rahmen nicht vorstellbar. Es geht folglich darum, deutsches Profil auch über multilaterale Projekte zu gewinnen, die Russland enger an die EU sowie darüber hinaus an den Konsultationsmechanismus der NATO binden



## **Inhaltsverzeichnis**

1. Einführung	1
2. Theoretische Zugänge	2
3. „Die deutsch-russischen Beziehungen waren noch nie so gut“: die Evolution eines „Wunders“	7
4. Ein strategischer Sicherheitspartner?	14
5. Die Entfaltung des Handelsstaats	19
6. Der demokratische Sand im Interessengetriebe	27
7. Renaissance der Zivilmacht?	36
Anlage	
Deutscher Export und Import	41





## 1. Einführung\*

Auch die neue Bundesregierung bewegt sich in der Tradition ihrer Vorgängerinnen: Sie verkündete außenpolitische Kontinuität. Das mag angesichts der Tatsache, dass in ihr die einst größte Regierungs- und die einst größte Oppositionspartei vereint sind, nicht überraschen. Doch hatte es – zumal im Verhältnis zu Russland – in der letzten Zeit beträchtliche Auseinandersetzungen zwischen der rot-grünen Regierung und der schwarz-gelben Opposition gegeben, die mit dem Thema einer deutsch-russischen „Achse“ und jenem der autoritären Tendenzen in Russland zentrale Belange der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik berührten. Kontinuität war und ist folglich alles andere als selbstverständlich – und sie war gerade gegenüber Russland in der Vergangenheit auch keineswegs die Regel.

Als die rot-grüne Bundesregierung im Herbst 1998 ihr Amt antrat, rangierte Russland auf der außenpolitischen Prioritätenskala ganz unten und in der Kritik an der auf das *tête-à-tête* an der Staatsspitze verengten „Saunafreundschaft“ zwischen Helmut Kohl und Boris Jelzin ganz oben. Als die Regierung im Herbst 2005 abtrat, war es genau umgekehrt: Russland ist zu einem der engsten Partner in einer als strategisch eingestuften Beziehung aufgestiegen, die ganz im Stile ihrer Vorgänger von einem nicht minder freundschaftlichen „Schmusekurs“ Gerhard Schröders und Wladimir Putins getragen wurde.

Die Kontinuität manifestiert sich folglich in der Diskontinuität, denn auch Helmut Kohl hatte 1983 die Regierung mit dem Anspruch übernommen, der Sowjetunion endlich die Zähne zeigen zu wollen. Erinnerung sei nur an den von seinem Vorgänger zwar initiierten, aber nicht mehr implementierten Doppelbeschluss der NATO mit der Stationierung nuklearer Mittelstreckensysteme oder an die saloppe Gleichsetzung Michail Gorbatschows mit Joseph Goebbels, als Glasnost und Perestrojka ab 1985 die lang gehegten Feindbilder dahin schmelzen ließen. Dass daraus mit dessen Nachfolger Boris Jelzin eine veritable Saunafreundschaft erwachsen würde, war im eisigen Klima des neu entfachten Kalten Krieges der frühen 1980er Jahre ebenso wenig absehbar wie Schröders Hinwendung zum „lupenreinen Demokraten“ Putin. Die Kontinuität betrifft folglich die deutsch-russischen Beziehungsmuster der letzten zwei Jahrzehnte und deren Evolution, die nach frostigem Beginn jeweils in einer Allianz an der Staatsspitze und darin kulminierte, diese gegen allzu kritischen Druck aus den Gesellschaften beider Länder abzusichern. Das wirft die Frage auf, ob und in welcher Form sich dieses Muster auch in der Großen Koalition wiederholen wird.

Diese Frage ist um so bedeutsamer, als die deutsch-russischen Beziehungen darüber hinaus auch als Beleg für jene Diskontinuität zitiert werden können, die manche Beobachter der Außen- und Sicherheitspolitik der rot-grünen Koalition generell nachsagen. Ob als Irrfahrt oder Selbstfindung, in der Russlandpolitik fand der von Gerhard Schröder mit „Selbstbewusstsein“ für die eigenen „Interessen“ reklamierte „deutsche Weg“ materiell

\* Ich danke Malte Lohrberg für die Mitwirkung bei der Recherche sowie Lothar Brock, Bruno Schoch, Wolfgang Wagner und Jonas Wolff für ihre wertvollen Anregungen.

seinen wohl deutlichsten Ausdruck.<sup>1</sup> Das gilt nicht nur für die singuläre Intensität der Beziehungen, sondern auch, *mutatis mutandis*, für die sukzessive Beseitigung der transformatorischen Wunschlisten, mit denen die Russische Föderation seit ihrer Gründung 1992 von deutscher Seite regelmäßig belegt wurde, und es gilt für die Einbettung der bilateralen in die europäischen und transatlantischen Gemeinschaftsbeziehungen, die für ein multilateral sozialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland zur zweiten Natur geworden zu sein schien. Damit ist die Frage aufgeworfen, ob die deutsch-russischen Beziehungen, *pars pro toto*, einen Abschied von der vertrauten Bonner Zivilmacht signalisieren und wie sich dies in die Raison deutscher Außenpolitik fügt.

Die beiden Fragen nach der Kontinuität und Diskontinuität deutscher Russlandpolitik sowie nach ihren Bestimmungsgründen stehen im Mittelpunkt dieses Reports. Dabei werden im ersten Schritt zur Orientierung die wichtigsten analytischen Konzepte präsentiert, mit denen die deutsche Außenpolitik gegenwärtig auf den Begriff gebracht wird. Im zweiten folgt ein kurzer Abriss der Evolution deutscher Russlandpolitik von Schröders erstem Moskau-Besuch im November 1998 bis zu seinem letzten im Oktober 2005. Dieser wird in einem dritten Schritt mit Blick auf drei repräsentative Aktionsfelder vertieft: die bi- und multilaterale Sicherheitspolitik, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die Demokratieförderung. Ein zusammenführender Ausblick schließt den Report ab.

## 2. Theoretische Zugänge

Die deutsche Außenpolitik entfaltet sich zwar in der Interaktion mit ihrem Adressaten Russland, doch lässt sie sich durch diesen nicht erklären. Politische Schlussfolgerungen, die sich aus einer Analyse der Entwicklungen und Fehlentwicklungen in Russland ergeben, werden erst in Kombination mit den „Interessen und Werten“ plausibel, auf denen nach Bekräftigung des neuen Koalitionsvertrags die deutsche Außenpolitik basiert.<sup>2</sup> Sie steuern Wahrnehmung und Bewertung, wobei nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft höchst umstritten ist, in welcher Kombination und Form beides zur Geltung kommt. So bieten die drei gängigen theoretischen Zugänge – (Neo-)Realismus, Liberalismus, Konstruktivismus – sehr unterschiedliche Antworten, sowohl in der Erwartung als auch in der Erklärung des deutschen außenpolitischen Verhaltens.<sup>3</sup> Erschwerend

1 Dieser von Schröder im Bundestagswahlkampf 2002 geprägte Begriff sollte zwar wie weiland Helmut Schmidts „Modell Deutschland“ dem deutschen Sozialstaatsmodell gewidmet sein, fand jedoch in den Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg zügig den Weg in die Außenpolitik, vgl. u. a. das Interview mit Gerhard Schröder in: *Die Zeit*, 15. August 2002.

2 Koalitionsvertrag CDU, CSU, SPD vom 11. November 2005, S. 125.

3 Ein solches „Kongruenzverfahren“, bei dem zur Überprüfung der Aussagekraft dieser Theorien in konkreten Fallstudien das theoretisch erwartete Verhalten mit dem empirisch festgestellten kontrastiert wird, ist in der repräsentativen Tübinger Studie über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung angewandt worden, vgl. Volker Rittberger (Hg.), *German foreign policy since unification. Theories and case studies*, Manchester (Manchester University Press), 2001. Eine Übersicht über die aktuell relevanten Theorieansätze findet sich auch bei Sebastian Harnisch, *Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels*, in: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf, Michael Zürn (Hg.), *Die neuen interna-*

tritt hinzu, dass ihre Antworten alles andere als kohärent sind, was den begrenzten heuristischen Wert solcher Makrotheorien zumal in der Analyse bilateraler Staatenbeziehungen unterstreicht. Wohl aber eröffnen sie einen systematischeren Blick auf Regelmäßigkeiten und Variationen und erlauben damit ein begründeteres Urteil über die außenpolitischen Handlungsoptionen sowie die Wahrscheinlichkeit ihrer Umsetzung durch die neue Bundesregierung.

Für die (*neo-*)realistischen Klassiker ist die von Gerhard Schröder demonstrativ beanspruchte unabhängige und selbstbewusste Politik sowie die entschlossene und im Zweifel unilaterale Verfolgung nationaler Interessen auch gegenüber Russland das naheliegende Ergebnis der Veränderungen des internationalen Systems in den letzten Jahren. Sie leiten dies aus dem relativen Machtzuwachs ab, den Deutschland mit dem Ende des Ost-West-Konflikts erfahren hat. Er resultiert aus der wieder belebten Multipolarität, mit der die „normale Anarchie“ an die Stelle der rigiden Bipolarität getreten ist und Deutschland im Zuge der Vereinigung erneut als europäische Großmacht erstehen konnte.<sup>4</sup> Da mit der zentralen politischen auch eine zentrale geographische „Mittellage“ korrespondiert, bleiben aus realistischer Perspektive aber eine besondere Verwundbarkeit und folgt eine besondere Verantwortung zwischen Ost und West, die diese Erwartung wieder relativiert und eher die traditionellen multilateralen Verhaltensmuster nahe legt, um nicht Misstrauen zu wecken und Deutschland außenpolitisch zu isolieren.<sup>5</sup>

Zur Wahl solcher alternativen Optionen gibt der Neorealismus keine klare Antwort. Zwar nimmt er den Staat als Einheit wahr, mit der Folge, dass Staaten vergleichbarer Position im internationalen System gleiche Politiken verfolgen, unabhängig davon, wie sie verfasst sind. Das maßgebliche Ziel, in einer prinzipiell unsicheren Lage Sicherheit zu

tionalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden (Nomos), 2003, S. 313-360.

- 4 Ein Beispiel ist Gregor Schöllgen, für den die Deutschen unter der rot-grünen Koalition „zu sich selbst fanden“, als bereits 1990 wieder erstandener „Mittelpunkt“ Europas. Es ist vor diesem Hintergrund nur natürlich, dass Deutschland in der Auseinandersetzung um den Irak eine „Führungsrolle als Gegenmacht der USA“ übernommen hat, beklagt wird allenfalls, dass dies noch „ungeplant“ geschah. Gregor Schöllgen, *Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin (Ullstein), 2004, S. 11, 130, 133. Im gleichen Sinne auch William Smyser, für den nach ebenfalls klassisch realistischem Muster die enge Kooperation mit Putins Russland Deutschlands „Einfluss in Europa in jeder Hinsicht nachhaltig vergrößern“ und Berlin helfen könne, „wieder zu einem zentralen Ort in Europa“ zu werden. William R. Smyser, *Putin spielt die deutsche Karte*, in: *Internationale Politik*, Nr. 5, 2000, S. 20.
- 5 Ein typisches Beispiel ist Helga Haftendorn, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000*, Stuttgart (DVA), S. 444f. Ähnlich auch Christian Hacke, der mit den Versuchen einer „Gegenmachtbildung“ einen „revolutionären Wandel“ in der rot-grünen Außenpolitik zu erkennen glaubt, aber „auf Kosten bewährter politischer Interessenbindungen und moralischer Grundsätze“. Christian Hacke, *Der Autokrat Putin wird umgarnt, der Demokrat Bush angeprangert. Von Interessenausgleich keine Spur mehr. Wie Berlin die Kunst der Diplomatie abhandeln kam*, Rheinischer Merkur, 28. Juli 2005. Oder auch Gunter Hellmann, für den aus einer konstruktivistisch modifizierten realistischen Perspektive „Deutschland einen gefährlichen Weg eingeschlagen hat, der bereits in ersten Ansätzen an dunkle alte Zeiten erinnert: *Das Deutschland, das die rot-grüne Regierung der Welt hinterlässt, ist eine absteigende Macht mit wachsenden Ambitionen.*“ Gunther Hellmann, *Konsolidierung statt machtpolitischer Resozialisierung: Kernelemente einer neuen deutschen Außenpolitik*, in: Stefan Böckenförde (Hg.), *Wohin steuert die deutsche Außenpolitik?* Dresden (TUDPress) 2005, S. 56.

gewährleisten, kann jedoch grundsätzlich durch zwei machtpolitische Instrumente erreicht werden, durch Autonomie von anderen Staaten und durch Einfluss auf diese. Daraus folgen konfligierende Handlungsoptionen. So garantiert die Schaffung von Regeln und Institutionen zwar Einfluss, ist aber nur um den Preis des Autonomieverlustes zu haben. Umgekehrt wirft unilaterale Sicherheitsmaximierung im Sinne der Autonomie das Sicherheitsdilemma auf. *Balancing* versus *bandwagoning* sind, je nach dem Charakter der Polarität im internationalen System, weitere konträre Optionen, die auch im Verhältnis zu Russland eine Rolle spielten, als sich in der Auseinandersetzung um den Irak-Krieg die Alternative stellte, ob Deutschland gemeinsam mit Russland den USA die Stirn bieten oder in seinem Schatten verbleiben sollte.

Ist insoweit der Erkenntnisgehalt des Neorealismus begrenzt, wird ihm darüber hinaus von Seiten der *liberalen theoretischen Konzepte* entgegen gehalten, dass seine analytischen Polaritätskategorien unter den aktuellen Bedingungen der Interdependenz antiquiert und damit seine Grundprämissen hinfällig seien. Mehr noch ist Beurteilungskriterium beim Liberalismus nicht die Macht des Staates im internationalen System; vielmehr sind es die individuellen Präferenzen und die Durchsetzungsfähigkeit der Akteure im Staat: Staaten verfolgen – unabhängig von ihrer relativen Machtposition – eine Politik, die den Interessen ihrer dominanten gesellschaftlichen Gruppen, zu denen organisierte private Interessen ebenso zählen wie Politik und staatliche Bürokratie, am besten dient. Es geht folglich um individuelle Nutzenmaximierung, auch wenn es schwierig ist, ein bestimmtes außenpolitisches Verhalten konkretem innenpolitischen Druck zuzuordnen.

Da gerade die internationale Position Deutschlands nicht auf traditionellen Machtressourcen, sondern auf der Interdependenz beruht und sich daher im Kern unverändert darstellt – ökonomisch als singular erfolgreich Handelsstaat, institutionell als Mitglied aller wichtigen internationalen Organisationen –, ist unter den liberalen Prämissen in jedem Fall die über Jahrzehnte erprobte außenpolitische Kontinuität angesagt. Das kann eine strategische Partnerschaft mit Russland durchaus einschließen, denn diese stellt aus liberaler Perspektive nicht *eo ipso* eine selbstbewusste Abkehr von alten Prinzipien dar, sondern kann auch als legitimes und notwendiges Instrument zur Wahrnehmung ökonomischer Chancen im globalen Wettbewerb erscheinen. Sie ist damit gegen machtpolitisch inspirierte Vorbehalte aus dem europäischen Umfeld immun, nicht aber gegen innergesellschaftliche *Issue*-Gruppen, denen etwa demokratische Defizite in Russland oder dessen Kriegführung in Tschetschenien ein Anliegen sind. Dass deren Stimmen in den letzten Jahren zwar gehört, nicht aber befolgt wurden, ist folglich Ausdruck innergesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und nicht nationaler Interessen.

Während die beiden rationalistischen Theorien auf nüchternen Kosten-Nutzen-Abwägungen basieren, wobei es um „power“ im ersten und um „plenty“ im zweiten Fall geht, sind für die *konstruktivistische „Perspektive“* (Thomas Risse) immaterielle Faktoren wie Normen, Ideen und Werte, die maßgeblichen Kriterien der außenpolitischen Verhaltenssteuerung. Für vermeintlich objektive Bedingungen, wie das internationale Kräfteverhältnis oder die Entwicklung internationaler Märkte, ist daher maßgeblich, wie diese wahrgenommen werden. Das kann im Sinne nationaler wie internationaler Normensozialisation durchaus unterschiedlich geschehen und sich etwa in der Alternative einer „Hob-

bes-Kultur“ oder einer „Kant-Kultur“ (Alexander Wendt) niederschlagen, aus denen im Sinne einer Logik der Angemessenheit als rollenkonforme Handlungsmaxime unterschiedliche außenpolitische Verhaltensmuster folgen.

Das idealtypische „Zivilmächtskonzept“ im Sinne der „Kant-Kultur“ ist das wohl prominenteste Beispiel eines konstruktivistischen Zugangs zur Erklärung der deutschen Außenpolitik. In ihm verbindet sich die internationale Dimension durch die Erwartung der Umwelt an das deutsche Verhalten mit dem nationalen Selbstverständnis der deutschen Elite. Multilateralismus und zivile Formen der Konfliktlösung waren das in der Bonner Republik eingeübte Ergebnis und die rot-grüne Russlandpolitik insoweit eine Berliner Verirrung.<sup>6</sup> Spätestens die deutsche Beteiligung an den Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan wie umgekehrt ihre Verweigerung im Fall des Irak zeigten jedoch, dass mit der Wahl zwischen dem multilateralen Prinzip der Bündnisloyalität und dem der zivilen Konfliktlösung externe Erwartungen und interne Wertmaßstäbe derart in Konflikt geraten können, dass sie den Rahmen des Zivilmächtskonzepts sprengen.<sup>7</sup> Die Grenzen einer Logik der Angemessenheit werden auch dann offenbar, wenn sie sich gleichermaßen auf Länder richtet, die gegeneinander Singularität beanspruchen. Ein Beispiel ist das demonstrative Bekenntnis zur deutschen Kriegsschuld, aus dem die deutsche Politik regelmäßig eine „besondere historische Verantwortung“ als Zivilmacht abgeleitet hat. Gerhard Schröder hat dies in den letzten Jahren gleichsam zur Raison seiner Russlandpolitik erhoben,<sup>8</sup> doch könnte gleiches auch Polen beanspruchen. Und tatsächlich hatte er in seiner ersten Regierungserklärung 1998 diese Referenz ausschließlich auf Polen bezogen und damit wie heute bei Russland das „Angebot einer immer engeren Partnerschaft sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit“ begründet.<sup>9</sup>

Die theoretischen Zugänge gelangen nicht nur zu konträren und in sich widersprüchlichen Ergebnissen, die realistischen und die konstruktivistischen Ansätze blenden darüber hinaus jene Dimension systematisch aus, die für die Analyse von Länderbeziehungen von wesentlicher Bedeutung ist: die Interaktion. Sie leiten außenpolitisches Verhalten entweder aus der Position im internationalen System oder aus einem etablierten Normenkon-

6 Vgl. Sebastian Harnisch, Hanns W. Maull (Hg.), *Germany as a Civilian Power? The foreign policy of the Berlin Republic*, Manchester (Manchester University Press), 2001. Darum das harsche Urteil, die alte Bundesregierung habe „Deutschland nicht unerheblichen Schaden zugefügt.“ Hanns W. Maull, Editorial: Deutschland auf Abwegen?, in: Hanns Maull, Sebastian Harnisch, Constantin Grund (Hg.), *Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003*, Baden-Baden (Nomos), 2003, S. 7.

7 Vgl. dazu Maull, *Auf leisen Sohlen aus der Außenpolitik?*, in: *Internationale Politik*, 58. Jg., Nr. 9, 2003, S. 26f. Da fragt man sich aber, wie das harsche Urteil zu rechtfertigen ist, dass die deutsche Verweigerung des Irak-Krieges (weil unilateral und prinzipialistisch) „eine eindeutige Abkehr vom Zivilmacht-Rollenkonzept“ darstellt, so Maull, a.a.O. (Anm. 6), S. 16.

8 Vgl. dazu sein gemeinsames Interview mit Wladimir Putin in der Bild-Zeitung am 7. Mai 2005 (hier zitiert nach dem Abdruck in: [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru)). Dort machte Putin darauf aufmerksam, „wir können nicht von der heutigen und künftigen Generationen der Deutschen erwarten, dass sie auf ewig Asche auf ihr Haupt streuen und sich kreuzigen. Deutschland sollte nicht das Gefühl haben, als ob ihm weniger Rechte gebühren als anderen Ländern der internationalen Gemeinschaft.“

9 Plenarprotokoll 14/3. Damals galt dies, wie heute bei Angela Merkel, der Stärkung des Weimarer Dreiecks.

sens und damit von zwei Determinanten ab, die weitgehend konstant sind. Das wirft bei einem so volatilen Land wie Russland, das sich als außenpolitischer Adressat in seiner inneren wie äußeren Evolution sowohl pessimistischen als auch optimistischen Prognosen immer wieder auf dramatische Weise entzogen hat, Probleme auf. Unter realistischen Prämissen muss dies *worst-case*-Szenarien befördern und unter konstruktivistischen kognitive Dissonanzen produzieren, was im Ergebnis auf deutsch-russische Distanz, nicht aber auf die praktizierte Partnerschaft hinaus läuft. Im Unterschied dazu stehen bei den liberalen Ansätzen die internationale wie die innergesellschaftliche Interaktion im Mittelpunkt, denn sie konzentrieren sich unter dem Gesichtspunkt individueller Nutzenmaximierung auf die Wahrnehmung partikularer Chancen wie umgekehrt auf die Akzentuierung ebenso partikular wahrgenommener Risiken.

Auch entfalten sich die Beziehungen, zumal bei einem so bedeutenden Land wie Russland, auf mehreren Ebenen, der Sicherheit, Wirtschaft und Gesellschaft, und tangieren damit mehrere Dimensionen der außenpolitischen Orientierung, von denen neben den politischen und wirtschaftlichen Interessen die demokratischen Werte und mit ihnen die Geschichte die bedeutsamsten sind. Diesen kommt jedoch in den oben aufgeführten theoretischen Zugängen ein unterschiedliches Gewicht zu. So sind dem Realismus demokratische Werte gleichgültig, für den Konstruktivismus sind sie konstitutiv und im Liberalismus Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen. Die Spannung, die sich gerade in der Russlandpolitik zwischen Interessen und Werten immer wieder neu entzündet, lässt sich folglich mit den realistischen und konstruktivistischen Ansätzen nur unzureichend erfassen, was auch unter diesem Gesichtspunkt das theoretische Instrumentarium des Liberalismus nahe legt.

Die detaillierte Analyse der drei repräsentativen Felder der deutsch-russischen Beziehungen erfordert einen Blick darauf, wie sich Russland für die relevanten gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland heute darstellt. Die wesentlichen Charakteristika lassen sich wie folgt zusammenfassen. Allein schon dank seines Territoriums, seiner Bevölkerungszahl und seiner historischen Rolle stellt Russland eine europäische Großmacht dar, die immer noch über ein beeindruckendes militärisches Potenzial sowie über lebenswichtige Rohstoffressourcen verfügt und virtuell unbegrenzte Marktchancen eröffnet. Zugleich gilt es aus deutscher Perspektive als ein Land, das zwar geographisch, historisch und kulturell dem europäischen Kontinent angehört, nicht jedoch den (west-)europäisch geprägten politischen Maßstäben zu entsprechen vermag und auch historisch auf dem Kontinent eine wohl nur mit Deutschland vergleichbare ambivalente Rolle gespielt hat.

Daraus folgt sicherheitspolitisch, dass Russland sich heute in einem undefinierten Graubereich bewegt, denn es ist weder Gegner noch Alliiertes. Auch ohne akute Sicherheitsprobleme gilt seit Ende des Kalten Kriegs das Prinzip der Risikovorsorge, wenngleich dies zusehends an Plausibilität verliert. Darüber hinaus gibt es Sicherheitskooperationen gegen den gemeinsamen terroristischen Gegner, allerdings nach wie vor nur sehr partiell und ohne einen institutionellen Rahmen. Wirtschaftlich gilt Russland dank seines Energie- und Rohstoffreichtums sowie seines Marktpotenzials dagegen als so unverzichtbar, dass im Sinne der Risikovorsorge bereits einseitige Abhängigkeiten beklagt werden. Verlangen die Interessen der Wirtschaft wie die deutschen Wirtschaftsinteressen eine Koope-

ration mit Russland und legen sicherheitspolitische Interessen diese zumindest nahe, so kollidiert beides mit den von Deutschland vertretenen demokratischen Werten, denn Russlands staatliche Konsolidierung und sein Aufstieg als Wirtschaftsmacht korrespondieren mit seinem fortgesetzten Abstieg als Demokratie.<sup>10</sup> Dies wiederum schafft in Politik und Gesellschaft Irritationen und ist auf längere Sicht geeignet, auch die Definition und Wahrnehmung deutscher Interessen negativ zu beeinflussen. Zwar gibt es in Deutschland keine den USA vergleichbare Menschenrechts- und Demokratisierungsindustrie, so dass sich deren Interessen nicht vergleichbar organisiert und lautstark artikulieren. Wohl aber reichen hier gerade gegenüber Russland die gesellschaftlichen Vorbehalte nicht erst seit dem Vernichtungskrieg der Nazis und dem Kalten Krieg weiter und tiefer und brechen bei nahezu jeder Gelegenheit gleichsam reflexartig auf.<sup>11</sup> Das schafft für eine Politik interessengestützter Kooperation beträchtliche innenpolitische Legitimationsprobleme.

### 3. „Die deutsch-russischen Beziehungen waren noch nie so gut“: die Evolution eines „Wunders“

„Heute sind Deutsche und Russen einander so eng verbunden wie nie zuvor. Uns eint eine strategische Partnerschaft für ein friedliches, prosperierendes Europa und eine stabile Weltordnung.“ Mit diesen Worten zog Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 2005 die Bilanz seiner Russlandpolitik und ergänzte: „Für mich zählt diese Entwicklung angesichts der Schrecken der Vergangenheit zu den Wundern der europäischen Geschichte.“<sup>12</sup> Ob die enge Verbindung für Deutsche und Russen in der beanspruchten Allgemeinheit gilt, mag angesichts der wachsenden Irritationen über Russlands innenpolitischen Kurs dahin stehen; dass damit Schröders und Putins Beziehung treffend charakterisiert ist, steht dagegen außer Zweifel. Allein die Intensität der wechselseitigen Besuche ist singulär. So trafen sich beide allein im Jahre 2005 achtmal, letztmals inoffiziell zu Putins 53. Geburtstag am 7. Oktober 2005 in St. Petersburg, für Putin „das schönste Geburtstagsgeschenk“.<sup>13</sup> Insgesamt dürften so in den sieben Jahren der Kanzlerschaft Gerhard Schröders mindestens 40 Treffen zusammengekommen sein, eine Zahl, die den amerikanischen Präsidenten weit in den Schatten stellt. Allerdings: Auch bei Angela Merkel sind für 2006 bereits vier Treffen ins Auge gefasst, zwei bi- und zwei multilateral, beginnend mit ihrem Moskauer Antrittsbesuch Mitte Januar.

Der Weg auf diesen deutsch-russischen Gipfel war indes lang und kurvenreich. Und er begann mit einem Abstieg. Zwar war in der Regierungserklärung vom 10. November 1998

10 Wie sich dies im Detail darstellt, ist nicht Gegenstand dieses Reports, wohl aber früherer Arbeiten, vgl. etwa Hans-Joachim Spanger, *Modernisierung contra Demokratisierung. Putins russischer Weg*, Frankfurt (HSFK-Report, Nr. 12), 2004.

11 Vgl. zu den historischen Wurzeln Dieter Groh, *Russland und das Selbstverständnis Europas. Ein Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte*, Neuwied (Luchterhand), 1961.

12 Gerhard Schröder, *Eine neue Qualität der deutsch-russischen Beziehungen*, Handelsblatt, 8. September 2005, S. 9. Ähnlich auch in seinem Beitrag für die *Komsomol'skaja Prawda*, 9. Mai 2005.

13 *The Moscow Times*, 10. Oktober 2005, S. 1.



und in der nachfolgenden Bundestagsdebatte viel von der „Kontinuität der Grundlagen“ und der „Berechenbarkeit deutscher Außenpolitik“ (Joschka Fischer) die Rede, für Russland galt dies jedoch nicht. Soweit die deutsch-russischen Beziehungen überhaupt angesprochen wurden – beim Kanzler war dies nicht der Fall –, hielt die neue Regierung Distanz, zu Boris Jelzin wie zu Helmut Kohl. So betonte etwa Gernot Erler namens der SPD, „unsere Politik gegenüber der Russischen Föderation kritisch überprüfen“ zu müssen und „auf eine andere, eine breitere Grundlage“ stellen zu wollen.<sup>14</sup> Er bekräftigte damit die Kritik aus dem Wahlkampf, als in Abgrenzung von Kohls einseitiger Interessenpolitik und zur Förderung des demokratischen Wandels in Russland „viel mehr Kontakte zu den reformerischen Kräften im Lande“ gefordert worden waren.<sup>15</sup> Immerhin wurde auf diese Weise der Spagat aufgelöst, der sich in den Jahren zuvor zwischen den offiziellen Beschwörungen Jelzins als Garanten der russischen Demokratie und der operativen Demokratieförderung zu Gunsten seiner Opposition aufgetan hatte.<sup>16</sup>

In der praktischen Konsequenz erlebten die Beziehungen erst einmal einen Temperatursturz, kein Wunder, stand der erste Besuch Gerhard Schröders als Kanzler Mitte November 1998 in Moskau doch inhaltlich wie protokollarisch ganz unter dem informellen Bonner Motto: „Raus aus der Sauna“.<sup>17</sup> Bei Gernot Erler hieß es dazu, dass sich mit dem Besuch Schröders ein „Neuer Realismus“ etabliert habe, der sich nicht nur in einer „Diversifizierung der Gesprächskontakte“ zu Gunsten der demokratischen Kräfte manifestierte, sondern auch in der „Zurückhaltung bei neuen Finanzhilfeprogrammen“. Als „Angebot“ blieb lediglich, „Anwalt Moskaus auf der internationalen Bühne zu sein“ – eine euphemistische Umschreibung, die deutschen finanziellen Lasten stärker als in der Vergangenheit mit anderen teilen zu wollen.<sup>18</sup>

Nun waren die Bedingungen für ein substantielles deutsches Engagement in jenen Monaten schlechter denn je zuvor, deutsche Interessen folglich nur in sehr engen Grenzen wahrzunehmen. Mit der Rubelkrise vom August 1998 und der darauf folgenden Regie-

- 14 Gernot Erler, Die Beziehungen zur Russischen Föderation müssen eine breitere Grundlage bekommen, Plenarprotokoll 14/3.
- 15 So der damalige Koordinator der SPD-Außenpolitik, Günter Verheugen, im Interview mit der Frankfurter Rundschau 28. August 1998, S. 7; vgl. auch Christoph Neßhöver, Russlandpolitik: Neue Bescheidenheit, in: Hanns W. Maull/Christoph Neßhöver/Bernhard Stahl (Hg.), Lehrgeld: Vier Monate rot-grüne Außenpolitik, Trier, 1999, S. 60-62.
- 16 Vgl. Hans-Joachim Spanger, Moral versus Interesse? Die Ambivalenz westlicher Demokratiehilfe für Rußland, in: Osteuropa, 52. Jg., Nr. 7, 2002, S. 853-870. Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise vom August 1998 und der russischen Schuldenlast plädierte so etwa Verheugen im Wahlkampf dafür, „in Jelzin nicht immer weiter das kleinere Übel (zu) sehen und ihn deshalb (zu) stützen“. Interview mit Günter Verheugen in: Frankfurter Rundschau, 28. August 1998, S. 7.
- 17 Frankfurter Rundschau, 14. November 1998, S. 2; Handelsblatt, 17. November 1998, S. 3. Das mag noch durch die Tatsache beflügelt worden sein, dass Jelzin nicht davor zurückschreckte, im Bundestagswahlkampf demonstrativ Partei für Helmut Kohl zu ergreifen, vgl. zu den Details Frankfurter Rundschau, 18. November 1989, S. 3.
- 18 Der „Neue Realismus“ zwischen Bonn und Moskau, Presseerklärung des Stv. Fraktionsvorsitzenden, 18. November 1998, in: www.spdfraktion.de. Das korrespondiert mit den Eindrücken der journalistischen Beobachter, so etwa Markus Ziener: „Dem Mythos der Männerfreundschaft, diesem Erbe der Kohl-Ära, hat sich Schröder in Moskau radikal entzogen,“ Handelsblatt, 18. November 1998, S. 2.

rungskrise taumelte Russland wirtschaftlich wie politisch nicht minder am Abgrund entlang als dessen gesundheitlich schwer angeschlagener Präsident. Es fehlte in jener Zeit in Moskau schlicht ein verlässlicher Partner. Die Beziehungen blieben auf finanzielle und im Zuge des rhetorischen Waffengeklirrs, das die NATO-Bombardements in Jugoslawien begleitete, auch auf politische Schadensbegrenzung verengt. Für neue Perspektiven war wenig Raum.

Daran änderte anfangs auch Wladimir Putin nichts. Als politischer Nobody von Jelzin und seinem oligarchischen Clan im August 1999 als Ministerpräsident und zum Jahreswechsel als Nachfolger inthronisiert, versprühte er ursprünglich wenig mehr als den Charme eines subalternen Statthalters, dessen KGB-Biographie zudem denkbar ungeeignet war, Vertrauen einzuflößen. Zwar erlaubten Putins Deutschkenntnisse eine intime Kommunikation, zu der die dank der Kriegs- und Nachkriegserfahrungen ähnlichen Lebensläufe und Persönlichkeitsstrukturen Schröders und Putins die dazu gehörende Chemie lieferten.<sup>19</sup> Dies zeigte jedoch erst allmählich Wirkung. Bei den ersten Erkundungen, wie sie etwa der „Totengräber der deutsch-russischen Beziehungen“,<sup>20</sup> Außenminister Fischer, im Januar 2000 in Moskau unternahm, war jedenfalls Zurückhaltung angesagt, die nur bei einem Thema aufgegeben wurde: der deutschen Kritik an Moskaus Krieg in Tschetschenien. Die distanzierte Beobachtung hielt geraume Zeit an, trotz – oder wegen – der Erwartung eines „konstruktiven Neubeginns“, mit der auch Schröder in seinem Glückwunsch zur Wahl Putins im März 2000 seine Reserve zum Ausdruck brachte.<sup>21</sup> Erst als auf dem „Gipfel des Kennenlernens“ bei Putins Antrittsbesuch im Juni 2000 in Berlin daraus ein „wirklich substanzieller Neubeginn“ erwuchs, begann die bis zum Ende der Amtszeit Gerhard Schröders andauernde Erwärmung.<sup>22</sup> Eine der von Putin im Anschluss erwarteten „großen praktischen Folgen“ war die damals einsetzende Neigung des Kanzlers, der russischen Führung demonstrativ Verständnis für die sukzessive Verschärfung ihres innenpolitischen Kurses entgegen zu bringen.<sup>23</sup>

Gleichwohl zeigten die deutsch-russischen Beziehungen ebenso wie jene zwischen Schröder und Putin bis zur dramatischen Wende des Irak-Krieges 2003 keine, die öffentli-

19 Hannes Adomeit, *Deutsche Russlandpolitik: Ende des „Schmusekurses“?*, Paris (Russie.Cei.Visions, Nr. 6b), September 2005, S. 7. Dies reichte bis zu einer autokratischen Kongenialität beider, die einen CDU-geneigten Leitartikel nach der Bundestagswahl im September 2005 veranlasste, in Schröders demonstrativem Führungsanspruch am Wahlabend bereits dessen „Putinisierung“ feststellen zu können, „eine geistige Verwandtschaft, die sich auf ihr Verhältnis zur Macht bezieht“. Stefan Dietrich, *Schröders Putinisierung*, FAZ, 23. September 2005, S. 1.

20 So das Echo in der russischen Presse, vgl. z. B. *Frankfurter Rundschau*, 22. Januar 2000, S. 2, 28. Januar 2000, S. 2.

21 *Vorwärts.news*, 28. März 2000. Vgl. auch „Rückkehr in ein fremdes Land“, in: *Der Spiegel*, Nr. 24, 2000, S. 166-168.

22 Vgl. die Berichterstattung in der FAZ, 16. und 17. Juni 2000, S. 1f.

23 So beim vierstündigen Kurzbesuch Schröders am 25. September 2000 in Moskau, vgl. FAZ, 26. September 2000, S. 10. Damals traf Putins Verdikt den Medienunternehmer Gusinskij und seinen Fernsehsender NTW, zu dem Schröder anmerkte, dass Pressefreiheit gewiss ein „Essential“ der Demokratie sei, die vom Staatskonzern Gasprom reklamierten Schulden jedoch zu begleichen seien, vgl. *Handelsblatt*, 26. September 2000, S. 8; FAZ, 26. September 2000, S. 10.

che Aufmerksamkeit fesselnden Besonderheiten: „Es herrscht Pragmatismus“, so noch im Frühjahr 2002 das leicht frustrierte Urteil Michael Thumanns, der den großen Wurf ebenso vermisste wie die Dynamik: „Dass alles ungeheuer langsam voran geht, auch das gehört zur neuen Normalität“.<sup>24</sup> Daran hatten weder Schröders weihnachtliche Winterreise zu Putin im Januar 2001 noch dessen eindrucksvolle Rede im Deutschen Bundestag am 25. September 2001 etwas zu ändern vermocht.

Hier lagen die Gründe primär auf deutscher Seite. Im Zeichen des kaum überstandenen ersten Kriegseinsatzes Deutschlands und der Nordatlantischen Allianz, der Bemühungen, mit dem Vertrag von Nizza die Europäische Union erweiterungsfähig zu machen und der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 blieb das deutsche außenpolitische Koordinatensystem fest in den westlichen Strukturen verankert, verharrte die deutsche Russlandpolitik im multilateralen Abseits. Im April 2001 steckte Gerhard Schröder deren Rahmen in einer Weise ab, wie sie für die 1990er Jahre charakteristisch war, ganz im Unterschied zu seiner zweiten Amtszeit:

„Deutsche Außenpolitik ist europäische Außenpolitik. Das gilt gerade für die Ostpolitik, die für Deutschland immer eine herausragende Rolle gespielt hat. Schwerpunkt europäischer wie deutscher Ostpolitik ist Russland.“ Und weiter: „Das heißt nicht, dass wir uns hinter ‚Europa‘ verstecken wollen. Aber es bringt die Verpflichtung zum Ausdruck, dass wir jeden deutschen ‚Sonderweg‘ im Verhältnis zu Russland ausschließen. Die Bundesregierung begreift das deutsch-russische Verhältnis zuallererst in europäischen Kategorien. Das ist der Hintergrund und Bezugsrahmen, wenn wir sagen, dass wir eine neue Normalität im Verhältnis beider Nationen herstellen wollen: ohne Illusionen, ohne Sentimentalitäten; offen, vertrauensvoll und engagiert, aber ohne unsere jeweiligen beträchtlichen Eigeninteressen zu verleugnen.“<sup>25</sup>

Davon war seit 2003 in nahezu jeglicher Hinsicht keine Rede mehr. Seither diente der Verweis auf „Eigeninteressen“, um die Nähe zu Russland zu begründen, nicht die Abgrenzung. „Europa“ war nicht länger der Ausgangs-, sondern der Zielpunkt deutscher Russlandpolitik, das sich dem Berliner Beispiel anschließen und ebenfalls eine strategische Partnerschaft mit Russland eingehen sollte.<sup>26</sup> Und „Sentimentalitäten“ waren offenkundig auch im Spiel, gar eine „sentimentale Hinwendung zu Russland“, die Henry Kissinger zu der sarkastischen Anmerkung veranlasste, man solle diese nicht mit einer „grand strategy“ verwechseln.<sup>27</sup>

24 „Schrecklich normale Verhältnisse“, Die Zeit, 11. April 2002, S. 6.

25 Gerhard Schröder, Partner Russland. Gegen Stereotype, für Partnerschaft und Offenheit – eine Positionsbestimmung, Die Zeit, 5. April, 2001, S. 10f. Dies galt damals auch noch für die von Schröder besonders gerne betonten deutschen Interessen: „Wir Deutsche bestimmen unsere Interessen nicht mehr im nationalen, sondern im vielseitigen Kontext, vor allem im Rahmen der Europäischen Union.“ Bundeskanzler Gerhard Schröder zum 10. Jahrestag des deutsch-russischen Vertrages, 10. November 2000, in: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de).

26 „Ich bin wirklich davon überzeugt, dass die größer gewordene Europäische Union gut daran tut, zu einer strategischen Partnerschaft mit Russland zu finden. Dazu will ich einen Beitrag leisten, weil ich fest davon überzeugt bin, dass auch vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte eine solche Partnerschaft notwendig ist.“ Interview mit Gerhard Schröder in: FAZ, 23. September 2004, S. 3.

27 Henry Kissinger, Will Germany's Coalition Work?, Washington Post, 22. November 2005.

Dem Zeit-Herausgeber Michael Naumann war allerdings bereits die von Schröder 2001 noch behutsam artikulierte Bewegung in der deutschen Politik Ausweis der Tatsache, dass der „Zwerg“ außenpolitisch wachse und sich von Rapallo nicht länger schrecken lasse. Dabei galten seine verhaltenen Warnungen zwar ebenfalls dem „romantischen Russlandbild,“ vor allem aber umgekehrt „der Geste des erhobenen volkspädagogischen Zeigefingers“, die im Auswärtigen Amt zum „außenpolitischen Repertoire“ gehöre.<sup>28</sup> Das war eine Untertreibung, denn am Beginn des neuen Jahrtausends gehörte dieser Zeigefinger noch zum Repertoire aller offiziellen deutschen Äußerungen, die indes – insoweit hatte Naumann Recht – bis ins Kanzleramt hinein den Vorgaben des Auswärtigen Amts folgten. Prototypisch für den asymmetrisch-belehrenden Charakter der Ost-West-Diskurse jener Zeit waren die ausgiebigen Wunschlisten, die an Russland herangetragen wurden. Sie reichten von wirtschaftspolitischen Forderungen nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Engagement der deutschen Wirtschaft über den klassischen innenpolitischen Werte-Kanon und außenpolitische Imperative wie den Abschied von Hegemonialpolitik und traditionalistischem Denken in Einflussphären bis hin zu Ansprüchen an Geschichtsrevisionismen.<sup>29</sup> Die damit rhetorisch verknüpfte Kooperations- und Integrationsbereitschaft forderte zwar einseitige Anpassungsleistungen, materielle Angebote wie bei den osteuropäischen NATO- und EU-Kandidaten blieben jedoch aus. Vielmehr habe Russland „die demokratiefördernden Ziele der EU“ allein schon als „Grundlage einer Partnerschaft“ anzuerkennen.<sup>30</sup> Kein Wunder, diente die geforderte Anpassung doch vornehmlich der Abgrenzung von einem Partner, der schwierig und widersprüchlich und allein schon deswegen unbequem war.

Mit Russlands Wandel vom kranken Mann an der Moskwa zum Markt der nahezu unbegrenzten Möglichkeiten und vom rhetorischen Kosovo-Antagonisten zum praktischen Irak-Partner blieb von diesen Katalogen wenig bis nichts, obwohl, wie etwa die Korruptionsbilanz und mehr noch die autoritäre Formierung signalisieren, das Wenigste von ihnen abgearbeitet worden ist. Gewandelt haben sich die deutschen Interessen und in ihrer Folge dann auch die „volkspädagogischen“ Maßstäbe. Damit ging einher, dass Russland spätestens ab 2002 und stärker noch als zu Zeiten Helmut Kohls „Chefsache“ wurde.<sup>31</sup> Das konnte das Engagement des Auswärtigen Amts nicht unberührt lassen – so es beim Hausherrn Fischer je wirklich bestand. Für ihn war Russland am Beginn seiner Amtszeit von instrumenteller Bedeutung, um den Jugoslawien-Krieg mit Moskauer Un-

28 Michael Naumann, Wenn Zwerge wachsen. Gerhard Schröder entdeckt Deutschlands außenpolitischen Spielraum zwischen Russland und Amerika, *Die Zeit*, Nr. 15, 5. April, 2001, S. 1.

29 Vgl. z. B. den Beitrag von zwei Vertretern des Auswärtigen Amtes, Manfred Huterer und Claus Krumrei, Russland und der Westen. Eine schwierige Integrationsaufgabe, in: *Internationale Politik*, Nr. 10, 2001, S. 27-34.

30 So der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Wolfgang Ischinger, Die Zukunft Russlands liegt in Europa, *FAZ*, 11. Juli 2000, S. 12.

31 Dies deutete sich bereits 2001 in dem oben zitierten Artikel Schröders an, wo er im Gegensatz zur ursprünglichen Doktrin, die Beziehungen mit Russland auf eine „breitere Grundlage“ stellen zu wollen, konstatierte: „Ohne Präsident Putin geht in Russland wenig. Die Zusammenarbeit mit ihm ist daher von entscheidender Bedeutung.“ Gerhard Schröder, Partner Russland. Gegen Stereotype, für Partnerschaft und Offenheit – eine Positionsbestimmung, in: *Die Zeit*, Nr. 15, 5. April, 2001; S. 10f.

terstützung ohne weitere militärische Eskalationen beenden zu können und um den Schaden, den dieser auf russischer Seite ausgelöst hatte, einzudämmen. Und als der Tschetschenien-Krieg mit Putins Machtaufstieg neu aufflammte, profilierte sich Russland für ihn neuerlich als Problem, diesmal für die von Fischer und seiner Partei vehement eingeforderten Werte, wurde darin jedoch vom Kanzler alsbald neutralisiert. Seither waren öffentliche Äußerungen rar und Aktivitäten des Ministers wie seines Amtes kaum mehr als solche erkennbar.<sup>32</sup>

Vier argumentative Figuren begründen, was sich spätestens seit Anfang 2003 im vermeintlichen deutschen Interesse als Schröders Russlandpolitik vollendet hat. Da ist zum einen das beständig wiederholte ökonomische Motiv.<sup>33</sup> Und in der Tat sind die Wirtschaftsinteressen – insoweit besteht unter allen Beobachtern Konsens – über jeden Zweifel erhaben, wobei sich Schröder als „Chefverkäufer“ des rohstoff- und energieabhängigen deutschen Handelsstaats und Putin als Motor russischer Modernisierung ideal ergänzt haben.<sup>34</sup> Des Weiteren wurde der Kanzler nicht müde zu betonen, dass Deutschland und Russland in allen wichtigen internationalen Fragen übereinstimmen (Nonproliferation, Terrorismus, Klimawandel, Naher Osten, Vereinte Nationen) und aus diesem Grund „strategische Partner“ seien.<sup>35</sup> Dies gewann Bedeutung, als Deutschland aus – so die überwiegende Wahrnehmung – rein innenpolitischen Erwägungen des Kanzlers mit seiner Opposition gegen den Irak-Krieg den vertrauten Allianzrahmen verließ und außenpolitischen Flankenschutz benötigte, den Moskau gemeinsam mit Paris schließlich gewährte. Es wurde so zu einem unverzichtbaren Partner, ohne den der neue Kurs national bestimmter Außenpolitik jeglicher materieller Grundlage entbehrt hätte.<sup>36</sup> Die nationale Prerogative wiederum brauchte sich durch übertriebene europäische Rücksichtnahmen nicht länger einzuschränken:

„Das ist der Hauptunterschied zu früheren Perioden der europäischen Geschichte. Eine Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland auf Kosten anderer Länder ist nicht länger möglich. Dies wissen unsere Freunde und Partner in Europa.“<sup>37</sup>

Dass zumindest einige „Freunde und Partner“ hier durchaus anderer Auffassung sind, haben sie in den vergangenen Jahren mehrfach lautstark zum Ausdruck gebracht. Das

32 Ein unübersehbarer Hinweis ist etwa das große Interview Joschka Fischers über „Die Rekonstruktion des Westens“, in dem er zwar für eine „neue europäische Ordnung“ und gegen „kleineuropäische Vorstellungen“ plädiert, Russland jedoch mit keinem Wort erwähnt, vgl. FAZ, 6. März 2004, S. 9.

33 Etwa in der Variante: „Wir sollten die Chancen, die speziell deutsche Unternehmen auf dem russischen Markt haben, nicht unterschätzen.“ Interview mit Gerhard Schröder in: FAZ, 23. September 2004, S. 3.

34 Gunter Hofmann, Die Unzertrennlichen, Die Zeit, 16. Dezember 2004, S. 2; vgl. auch Markus Ziener, Putin bei Schröder: Gruppenbild mit Dame, Handelsblatt, 8. September 2005, S. 7.

35 Die bilateralen Streitigkeiten der 1990er Jahre – „Beutekunst“, Russlanddeutsche und Kaliningrad – sind ebenfalls weitgehend von der politischen Agenda verschwunden, vgl. Hans-Joachim Spanger, Aleksandr Kokejew, Brücken, Achsen – und neue Gräben. Die deutsch-russischen Beziehungen im multilateralen Spannungsfeld, Frankfurt/M. (HSFK-Report, Nr. 6), 1995, S. 42-51.

36 Vgl. dazu Markus Wehner, Der Pragmatiker Putin und der Verweigerer Schröder, FAZ, 10. Februar 2003, S. 6.

37 So Schröder im gemeinsamen Interview mit Putin in der Bild-Zeitung, 7. Mai 2005 (hier zitiert nach dem Abdruck in [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru)).

dritte zentrale Postulat betrifft die „Stabilität“ in Russland. Damit war zum einen die Lage in Tschetschenien sowie in den angrenzenden Regionen des Kaukasus, des Iran und Afghanistans angesprochen, die begründeten, „dass niemand in Deutschland ein Interesse an einer Instabilität ausgerechnet in Russland haben darf.“<sup>38</sup> Zum anderen galt ihm diese Stabilität als Putins Verdienst und damit als Maßstab für die Bewertung – und Relativierung – seiner autoritären Neigungen. Nicht nur, dass Schröder sich damit von den Prämissen des ursprünglich auch von seiner Regierung favorisierten „internationalen Stabilisierungsprozesses“ verabschiedete, „der auf Wirtschaftsreform und vor allen Dingen auf Demokratie setzt“,<sup>39</sup> es wurde zugleich das Demokratiepostulat der Opposition mit seinen die Beziehungen zumindest irritierenden Implikationen neutralisiert. Schließlich ist die deutsche historische Verantwortung von Bedeutung, ein von Schröder zunehmend auf Russland konzentriertes Motiv, das vor dem Hintergrund des 60. Jahrestages des Kriegsendes und seiner Einladung nach Moskau am 9. Mai 2005 eine besondere Prominenz erlangte:

„Kein anderes Volk zahlte einen derart hohen Preis in dem kriminellen Krieg, den Nazi-Deutschland ausgelöst hat. Mehr als 20 Millionen Russen (sic!) verloren während des 2. Weltkriegs ihr Leben. Wir Deutschen dürfen dies nie vergessen. Darum hat das deutsche Volk eine besondere Verantwortung, Russland auf seinem Weg der Modernisierung zu unterstützen und Russland dabei zu helfen, ein Teil der europäischen und demokratischen Institutionen zu werden.“<sup>40</sup>

Für die damalige deutsche Opposition war all dies ein Gräuelfundament und Ausdruck falscher Weichenstellungen. Zwar überwog anfangs bei CDU und FDP die Verbundenheit mit Helmut Kohl, so dass die demonstrative Distanz des Kanzlers gegenüber der russischen Führung bis in das Jahr 2000 hinein vor allem unter dem Gesichtspunkt des Einflussverlustes in Moskau und insoweit weniger als prinzipienfeste Weisheit, denn als staatspolitische Torheit gewertet wurde.<sup>41</sup> Mit der demonstrativen Hinwendung und Usurpation der Russlandpolitik durch Gerhard Schröder wandelte sich jedoch auch bei der Opposition das Bild. Ihre Kritik verdichtete sich zu nichts weniger als dem Versuch, die Bonner Zivilmacht wieder auferstehen zu lassen, nachdem diese unter die Räder des in ihren Augen wertevergessenen und unilateralen Berliner Realismus geraten war. Je sichtbarer in Putins Russland die demokratischen Defizite wurden und je mehr die Bundesregierung verstummte, um so lauter wurde von der Opposition die Forderung nach „klaren Worten“ der Regierung und namentlich des Kanzlers vorgetragen. Darüber hinaus klagte sie eine Besinnung auf die auch von Gerhard Schröder ursprünglich als „Wesen“ deutscher Außenpolitik charakterisierte Orientierung der Ostpolitik ein: „als Politik in Euro-

38 Interview mit Gerhard Schröder in: FAZ, 23. September 2004, S. 3.

39 So Außenminister Fischer am 10. November 1998 in der Debatte über die erste rot-grüne Regierungserklärung (Plenarprotokoll 14/3).

40 So mehrfach im Umfeld des 60. Jahrestages, etwa im gemeinsamen Interview mit Wladimir Putin in der Bild-Zeitung am 7. Mai 2005, in: [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru).

41 Vgl. etwa in der Debatte des Deutschen Bundestages vom 28. Januar 2000 (Plenarprotokoll 14/85), die zum Besuch des Außenministers am 20. Januar des Jahres in Moskau und zum Krieg in Tschetschenien durchgeführt wurde, die Beiträge des CSU-Abgeordneten Christian Schmidt und des FDP-Abgeordneten Ulrich Irmer.

pa, für Europa und von Europa aus.“<sup>42</sup> Konkret bedeutete dies mehr Rücksicht auf die „kleineren Partner“ und eine klare Absage gegen die Bildung einer deutsch-französisch-russischen „Achse.“ Nicht anders verhielt es sich mit den von der Opposition inkriminierten deutschen Versuchen einer „Gegenmachtbildung“ zu den USA. Ihre Diagnose – „zu wenig Amerika, zuviel Russland“ – erforderte folglich auch im transatlantischen Verhältnis eine Verschiebung des Koordinatensystems. Ein genauer Blick auf die drei relevanten deutsch-russischen Kooperationsfelder wird zeigen, ob und in welchem Umfang sich in den sieben rot-grünen Regierungsjahren tatsächlich über und durch die Russlandpolitik die von der einstigen Opposition konstatierte Metamorphose der deutschen Außenpolitik vollzogen hat und welche praktische Bedeutung ihrer Kritik beizumessen ist.

#### 4. Ein strategischer Sicherheitspartner?

Ein Schlüsselbegriff zur Charakterisierung der deutsch-russischen Beziehungen ist die „strategische Partnerschaft“, die sich allerdings nicht nur auf die sicherheitspolitische Dimension, sondern auf das gesamte Spektrum der Beziehungen erstreckt. Es ist viel gemutmaßt worden, was sich hinter diesem Begriff, der auf die frühe Clinton-Ära zurück geht, verbirgt.<sup>43</sup> Auch ist, was Deutschland und die Europäische Union betrifft, nicht ganz klar, ob die strategische Stufe der Partnerschaft erst angebahnt, bereits erreicht oder auszubauen ist. Tatsächlich handelt es sich bei der deutsch-russischen „strategischen Partnerschaft“ primär um ein politisches Programm mit hoher Symbolik, aber wenig operativem Gehalt. Sie ist insofern „strategisch“, als mit ihr das Ziel langfristiger und stabiler Beziehungen angestrebt wird, ohne sich „an kurzfristigen Reaktionen auf einzelne Ereignisse auszurichten,“ wie es die beiden Außenminister Klaus Kinkel und Andrej Kozjrev einst gemeinsam formuliert haben.<sup>44</sup> Ihre Instrumente sind Kooperation und Vernetzung, dies jedoch unterhalb der Ebene einer Allianz oder Institutionalisierung durch Aufnahme Russlands in die Organisationen der etablierten Demokratien. Und ihre Bedingung sind ausreichend breite gemeinsame Interessen, nicht jedoch jene gemeinsamen Werte, die nach dem Kalten Krieg zum Fundament der Gemeinschaft der Demokratien und ihrer organisierten Kooperation stilisiert wurden. Das erklärt den inflationären Gebrauch, denn „strategisch“ scheinen heute alle wichtigeren Beziehungen jenseits eines Allianz- oder Unionsrahmens, und es erklärt die eigentümliche Ambivalenz zwischen (rhetorischer)

42 So in seiner Rede zum Umzug der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik nach Berlin am 2. September 1999, abgedruckt in: *Internationale Politik*, 54. Jg., Nr. 10, 1999, S. 67.

43 Vgl. Hans-Joachim Spanger (Hg.), *Russland und der Westen. Von der „strategischen Partnerschaft“ zur „Strategie der Partnerschaft“*, Frankfurt (Campus), 1998.

44 Klaus Kinkel, Andrej V. Kozjrev, *Russlands Größe wird nicht von der Zahl seiner Soldaten bestimmt*, in: *FAZ*, 18. Februar 1994.

Privilegierung und (materieller) Diskriminierung, die in Russland immer wieder Argwohn weckt.<sup>45</sup>

Nun hat die strategische Partnerschaft in ihrer sicherheitspolitischen Dimension eine beträchtliche Metamorphose erfahren, denn in den 1990er Jahren war Russland für den Westen eher ein Sicherheitskonsument denn ein Sicherheitsproduzent, das heißt die Sorge galt der Instabilität und dem Chaospotenzial, dessen Dimensionen durch die Balkankriege jener Jahre plastisch vor Augen geführt wurden. Dem begegnete auch die deutsche Politik mit einer Art Doppelstrategie begrenzter Kooperation und umfassender Risikovorsorge. Sie zielte auf das Management des Übergangs in Russland von einer autoritär-planwirtschaftlichen zu einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung und der Sowjetunion zu einem Russland, das den Verlust seines Status als Weltmacht nicht durch außenpolitische Eskapaden zu kompensieren suchte. Und sie suchte Vorkehrungen zu treffen, falls dieser Übergang das eher erhoffte denn erwartete Ziel verfehlen sollte.

Zu einem Sicherheitsproduzenten und insoweit auch operativ „strategischen Partner“ des Westens wurde Russland nach dem bosnischen IFOR-Präludium erstmals im Zuge des Kosovo-Konflikts und dann dezidiert nach dem 11. September 2001, dem Angela Stent zufolge für die Beziehungen mit Russland eine ähnlich große „transformative Bedeutung“ zukomme, wie der Auflösung der Sowjetunion.<sup>46</sup> Dies geschah aus russischer Perspektive im ersten Fall widerwillig und mit Konvulsionen, im zweiten dagegen mit der schnellen Entschlossenheit, die einem neu entdeckten gemeinsamen Gegner – dem internationalen Terrorismus – gebührt. Das paradoxe Ergebnis war, dass mit der Annäherung Russlands an die multilateralen westlichen Kooperationsstrukturen zugleich Voraussetzungen geschaffen wurden, um diese bilateral zu unterlaufen.

Der Krieg gegen Jugoslawien war der Höhe-, aber auch der Wendepunkt im gespannten Verhältnis zwischen Russland und der NATO, die damals auch für die deutsche Politik noch den entscheidenden Referenzrahmen abgab. In der Moskauer Wahrnehmung verkörperte die Allianz mit ihrem Ausgreifen nach Osten und ihrem Anspruch, Völkerrecht nicht nur zu exekutieren, sondern auch zu setzen, das Diktat einer Staatengruppe, deren Dominanz sich Russland kaum entziehen konnte: Unterwerfung oder Marginalisierung war die unbequeme Alternative. Seither ist eine schrittweise Entspannung zu verzeichnen, die sich mit dem 11. September deutlich beschleunigte. Dieser ließ einen gemeinsamen Feind auferstehen, mit dem sich Russland zuvor weitgehend allein ablagen musste, und er beschleunigte den Bedeutungsverlust der NATO, die unter der Bush-Administration endgültig zum Baukasten amerikanischer Sicherheitsbedürfnisse degradierte und damit die Alternative für Russland erträglicher machte. Es kann daher kaum verwundern, dass die letzte Erweiterungsrunde, die im März 2003 mit dem Baltikum die einst von Jelzin gezogene „rote Linie“ überschritt, in Moskau keine Aufregung mehr ver-

45 Karl Lamers hat das Dilemma der „strategischen Partnerschaft“ einst in die treffende Formel gekleidet: „Der Westen muss Partner und Gegenpart Russlands sein.“ Karl Lamers, Zum Ausgang der russischen Präsidentschaftswahlen, 27. März 2000, in: [www.cducusu.bundestag.de](http://www.cducusu.bundestag.de).

46 Angela Stent, A New Security Agenda for U.S.-German-Russian Relations. Interim Report, Washington DC (AICGS Policy Report No.3), 2002, S. 1.



ursachte. Dazu mag auch beigetragen haben, dass die deutsche Politik im Unterschied zu anderen mit besonderem Nachdruck auf sicherheitspolitische Kooperation drängte. Dazu gehörte die „frühzeitige Abstimmung mit Russland von Anfang an,“ als „eine der Lehren des Kosovoeinsatzes,“ wie Wolfgang Schäuble es im Januar 2000 formulierte,<sup>47</sup> sowie ein „effektiver Mechanismus der Zusammenarbeit“, den Putin unmittelbar nach dem 11. September in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag forderte.<sup>48</sup> Ganz in seinem Sinne plädierte Gernot Erler im unmittelbaren Anschluss für eine „neue, verbindliche und institutionalisierte Basis“ der Beziehungen mit Russland, was für ihn die Mitwirkung an den Entscheidungen der NATO sowie einen Platz am Tisch der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU umfasste.<sup>49</sup>

Allerdings war für Schäuble klar, dass die Bundesregierung zwar gute multilaterale Dienste leisten konnte, sich aber insbesondere mit Amerika nicht „zu dissonanten Tönen“ gegenüber Russland verleiten lassen dürfe.<sup>50</sup> Die Amerika-Dissonanz wurden jedoch wenig später in der Auseinandersetzung um den Irak-Krieg zum rot-grünen Markenzeichen einer „selbstbewussten“ Politik, bei der Moskau neben Paris eine Schlüsselrolle zukam. Dabei war die Bundesrepublik im Verhältnis zu Russland erst 1994 im eigentlichen Sinne souverän geworden, nachdem das sichtbarste Symbol der deutsch-russischen Sonderbeziehung, die Stationierungstruppen, das Land verlassen hatten. Deren Abzug vollendete zugleich die in realistischer Tradition akzentuierten Machtveränderungen, die mit dem Ende des Kalten Krieges eingetreten sind. Sie mündeten nunmehr in eine politische „Unabhängigkeit“, die sich darin erwies, dass „über die existenziellen Fragen der deutschen Nation in Berlin entschieden“ werde „und nirgendwo anders“.<sup>51</sup> Und im gleichen Maße, wie die USA seit der Intervention in Afghanistan die NATO in unterschiedlich komponierte „Koalitionen der Willigen“ zerlegte, betrieb auch Deutschland koalitionäre Selbstbehauptung, die am 10. Februar 2003 nach französischer Terminologie in eine „Achse“ Paris-Berlin-Moskau und regelmäßige trilaterale Konsultationen mündete. Am 11. April 2003 in St. Petersburg, am Rande des gleichnamigen deutsch-russischen Dialogs, von Chirac forciert, knüpften die beteiligten Staats- und Regierungschefs damit an eine Initiative an, die bereits im März 1998 von Chirac, Jelzin und Kohl analog zum deutsch-französischen-polnischen „Weimarer Dreieck“ gestartet worden war. Allerdings folgte daraus nur ein Treffen in Moskau. Jetzt schlossen sich in dichter Folge weitere an: in Sotchi Ende August 2004, in Paris Mitte März 2005 (unter Einbeziehung des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero) und Anfang Juli 2005 aus Anlass des 750. Gründungsjahres in Kaliningrad.

47 Rede Wolfgang Schäuble auf der XXXVI. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 5. Februar 2000, S. 3f, in: [www.wolfgang-schaeuble.de](http://www.wolfgang-schaeuble.de).

48 Rede Wladimir Putins vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001, in: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

49 „Unterstützung für Putins Idee einer Partnerschaft des Vertrauens und der Partizipation“, 25. September 2001, in: [www.gernot-erler.de](http://www.gernot-erler.de).

50 Rede Wolfgang Schäuble auf der XXXVI. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 5. Februar 2000, S. 3f, in: [www.wolfgang-schaeuble.de](http://www.wolfgang-schaeuble.de).

51 So Gerhard Schröder in den Debatten des Deutschen Bundestages am 13. September 2002 (Plenarprotokoll 14/253) und erneut am 14. März 2003 (Plenarprotokoll 15/32).

Für vereinzelte Kritiker aus dem Regierungslager, wie etwa Hans-Ulrich Klose, unterschied sich der deutsche Irak-„Unilateralismus“ nicht grundsätzlich von jenem der USA, wohl aber von den „Grundprinzipien deutscher Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg“.<sup>52</sup> Kaum anders klang die Kritik der damaligen Opposition im Deutschen Bundestag an der „Chuzpe, mit Russland eine Friedensachse gegen Amerika aufzubauen,“ die das seither beständig variierte Grundthema der CDU/CSU intonierte.<sup>53</sup> Doch nicht nur in den transatlantischen Beziehungen, auch in Europa forderte die CDU eine Besinnung auf die kaum anders von Klose angemahnten „Grundprinzipien“. So Wolfgang Schäuble:

„Wir werden eine erfolgreiche Russlandpolitik – dasselbe gilt für unsere Politik gegenüber der Ukraine und Weißrussland – nur unter Einbeziehung Polens betreiben. Dies gelingt eben nicht im Konflikt mit Polen und durch das Schüren neuen Misstrauens und neuer Verdächtigungen, ob berechtigt oder nicht. Da liegt der Fehler. Da man diesen Fehler begeht, ist die Russlandpolitik nicht durchdacht und nicht balanciert. Das kann man und das muss man ändern.“<sup>54</sup>

Seine Lösung: „die Beziehungen zu Russland auf die Basis des Weimarer Dreiecks zu stellen,“ da nur so eine gemeinsame europäische Politik möglich werde.<sup>55</sup> Das ist in der Tat eine grundlegende Alternative, denn den Schlüssel für das Tor nach Osten würde danach Polen in der Hand halten, dessen Beunruhigung über deutsch-russischen Bilateralismus so zum Maßstab für die Spielräume der deutschen Außenpolitik erhoben wird. Ob mit einer Bindung an Polen tatsächlich eine Renaissance der Zivilmacht Bundesrepublik bewirkt werden kann, muss allerdings bezweifelt werden.<sup>56</sup> Angesichts der in ihren Vorbehalten ziemlich expansiven und von mancherlei nationalistischen Irrungen geprägten polnischen Politik stellt dies gar eine *contradictio in adjecto* dar. Hinzu kommt ein weiterer signifikanter Unterschied: Während Polen sich im Wissen um die einst abschlägig beschiedene Frage: „Mourir pour Danzig?“ im Zweifel immer auf die Seite der USA schlagen wird, führt die residuale geostrategische Rivalität mit Washington Russland in europä-

52 Hans-Ulrich Klose, In der Abseitsfalle. Schröder manövriert Deutschland aus, FAZ, 14. Februar 2003.

53 So Friedbert Pflüger in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages vom 13. November 2003 über die deutsche Russlandpolitik aus Anlass der Jukos-Affäre (Plenarprotokoll 15/75). Ähnlich auch Wolfgang Schäuble mit seiner Forderung: „Schluss machen mit derartigen nationalen Sonderwegen und falschen Achsen.“ Wolfgang Schäuble, Zur zukünftigen Außenpolitik Deutschlands. Beitrag für das Wall Street Journal, 15. September 2005, in: [www.wolfgang-schaeuble.de](http://www.wolfgang-schaeuble.de).

54 So in der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes im Deutschen Bundestag am 8. September 2004 (Plenarprotokoll 15/122). Ähnlich auch Friedbert Pflüger, etwa in der Bundestagsdebatte über 50 Jahre deutsche NATO-Mitgliedschaft, 22. 4. 2005, in: [www.friedbert-pflueger.de](http://www.friedbert-pflueger.de). Diese vor allem mit polnischen Interessen und Ängsten argumentierende Kritik artikulierte insbesondere Pflüger bei nahezu jeder sich bietenden Gelegenheit, so etwa auch in der Bundestagsdebatte zum Beitritt der baltischen Staaten und anderer zur NATO am 9. Mai 2003 (Plenarprotokoll 15/44).

55 So in der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes im Deutschen Bundestag am 8. September 2004 (Plenarprotokoll 15/122).

56 Dass auch eine behutsame Annäherung, die aus der Unterkühlung kam, Irritationen mobilisiert, musste Schröder bereits im Jahre 2000 erfahren, als nicht nur beim zuvor eingefrorenen Bekenntnis zur „strategischen Partnerschaft“ mit Russland im östlichen Europa die Rapallo-Glocken schrillten, sondern auch andernorts der „Verbrüderung“ mit Russland Rücksichtnahme gegenüber den einstigen Opfern „sowjetischer Aggression“ entgegen gehalten wurde. Vgl. Zbigniew Brzezinski, Zwei Männer im Schnee, in: Die Zeit, 4. Januar 2001, S. 3.

isch-amerikanischen Konflikten immer an die Seite der Europäer. Hier manifestieren sich realistische Motive in ihrer wohl deutlichsten Form, während diese im deutschen Fall entgegen den alarmistischen versus affirmativen Beobachtungen nur mehrfach gebrochen zum Tragen kamen.

Über die symbolisch aufgeladene „Achse“ hinaus blieb die deutsch-russische Kooperation in der Sicherheitspolitik ebenso begrenzt wie der materielle Gehalt ihrer gemeinsamen Opposition gegen den Irak-Krieg. Zwar konnte Schröder im Oktober 2003 bei den Regierungskonsultationen in Jekaterinburg eine Transitvereinbarung für Bundeswehr-Personal und -Material nach Afghanistan erreichen, darüber hinaus geschah jedoch nicht viel. Trotz der durchgängigen Berliner Kritik am amerikanischen Unilateralismus blieben die deutsch-russische Kooperation in der Rüstung und Rüstungskontrolle und damit etwaige Versuche, hier Gegengewichte zu schaffen, von Anbeginn marginal. So wurde im Juni 2000 das von Putin bei seinem Berliner Antrittsbesuch unterbreitete Angebot, in Reaktion auf die amerikanischen NMD-Pläne eine gemeinsame europäisch-amerikanisch-russische „nichtstrategische Raketenabwehr“ zu schaffen, von der Bundesregierung nicht aufgegriffen. Auch kamen deren Überlegungen, die russisch-ukrainische AN-70 als neues Transportflugzeug der Bundeswehr einzuführen, dank des Lobbyismus der EADS nicht über temporäre Leasingverträge hinaus. Und auch im Falle des Iran konzentrierte sich die deutsche Politik auf die gemeinsame Verhandlungsinitiative mit Frankreich und Großbritannien, während Russland mit seiner ambivalenten Haltung nur konsultiert wurde. Allerdings fand Berlin in Moskau Unterstützung seines Wunsches nach einem permanenten Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen. Zwar will Putin mit Argumenten, die aus der amerikanischen Administration vertraut klingen, der Gefahr begegnen, dass dieser zu einem „Diskussionsklub“ denaturiert,<sup>57</sup> auch hat Russland nicht wie Frankreich den Resolutionsentwurf der G-4 von vornherein mitgetragen. Putin hat sich aber in dieser Frage dezidiert gegen die Präferenzen eines anderen europäischen Alliierten, Silvio Berlusconi, und damit gegen den von Italien eingebrachten Alternativvorschlag gewandt.

Kann von einer deutsch-russischen sicherheitspolitischen Gegenmachtbildung in realistischer Tradition folglich nur in sehr begrenztem Maße die Rede sein, so ist das liberale Paradigma schon sehr viel einschlägiger. Durch die Einführung in den Bundestagswahlkampf 2002 gewann die deutsche Kriegsverweigerung eine plebiszitäre Komponente, die den Anhängern der Kabinettsdiplomatie zwar missfiel, ihr im Sinne der Theorie des demokratischen Friedens jedoch exemplarische Bedeutung verlieh.<sup>58</sup> Auch wurde die Verweigerung Deutschlands vor allem mit jenen Prinzipien begründet, die für den Liberalismus einschlägig sind: die Verpflichtung auf das Völkerrecht und seine multilateralen Verfahren. Insoweit bewegte sich Berlin durchaus im Rahmen der Bonner Tradition. Lediglich die Wahl der Partner, der Tausch der USA gegen Frankreich und mehr noch Russland (sowie partiell die VR China) stellte einen Bruch dar, der zumindest das Potenzial für eine

57 So etwa auf der gemeinsamen Pressekonferenz aus Anlass des trilateralen Treffens mit Gerhard Schröder und Jacques Chirac in Kaliningrad am 3. Juli 2005, vgl. das Transkript unter [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru)

58 Wie allerdings umgekehrt auch die Wiederwahl George W. Bushs als amerikanisches Plebiszit für den Krieg interpretiert werden kann, was den „Doppelbefund“ der Theorie des demokratischen Friedens unterstreichen mag.

graduelle Verschiebung auch der handlungsleitenden Prinzipien birgt. Das gilt um so mehr, als Russland und die VR China in den letzten Jahren auch zu bevorzugten Adressaten deutscher Wirtschaftsinteressen aufgestiegen sind, denen einstweilen nur entgegen steht, dass beide nicht zur liberaldemokratischen Wertegemeinschaft rechnen können.

## 5. Die Entfaltung des Handelsstaats

Die Wirtschaftsbeziehungen sind, daran lassen beide Seiten keine Zweifel, das Fundament der deutsch-russischen Beziehungen und deren Motor. So postulierte die deutsche Wirtschaft im September 2004 selbstbewusst: „Die stabilste und nachhaltigste Form der Zusammenarbeit ist die wirtschaftliche Kooperation.“<sup>59</sup> Das bringt sowohl die Normen als auch die Interessen zum Ausdruck, die in bundesdeutscher Tradition übereinstimmend auf eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen durch Vertiefung der wirtschaftlichen Interdependenz setzen. Aber auch Wladimir Putin, für den dies weit weniger selbstverständlich ist, bekräftigte auf dem Petersburger Dialog im April 2002, dass „Ziele und Perspektiven“ der beiderseitigen Beziehungen „im wesentlichen von der positiven Entwicklung der russischen Wirtschaft“ abhängen.<sup>60</sup> Das war durchaus selbstkritisch gemeint, denn in der Wirtschaft haben sich seit dem Amtsantritt Putins die einschneidendsten Veränderungen vollzogen, die Russland von einem unzuverlässigen Kostgänger zum Markt der unbegrenzten Möglichkeiten werden und damit das permanente Krisenmanagement in einen soliden Wachstumspfad münden ließ.

Am Beginn der rot-grünen Koalition standen die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ganz im Zeichen der Rubelkrise vom August 1998 und wurden nahezu vollständig von den russischen Finanznöten beherrscht. Dazu rechneten aus deutscher Sicht insbesondere das Schuldenmoratorium der russischen Regierung zur Bedienung der kurzfristigen Staatsanleihen (GKO) sowie das *asset stripping* führender russischer Banken, die westlichen Investoren milliardenschwere Verluste beschert hatten. Aus russischer Perspektive waren es die Forderung nach Erlass der sowjetischen Altschulden, der ungeachtet der exponierten deutschen Lage auch die USA Nachdruck verliehen, sowie der Wunsch nach einer Erneuerung der Hermes-Kreditbürgschaften für die deutschen Exporte.

Trotz dieser ungelösten Probleme arbeitete Gerhard Schröder schon damals auch gegenüber Russland an seinem Ruf als „Chefverkäufer“. So ließ er sich bereits bei seinem zweiten Moskau-Besuch, der in seiner Funktion als EU-Ratspräsident aus Anlass der EU-Russland-Konsultationen im Februar 1999 nur drei Monate nach dem ersten folgte, von einer großen Wirtschaftsdelegation mit den wichtigsten Vertretern der deutschen Industrie begleiten. Es ist kein Zufall, dass die Wiederannäherung zwischen dem deutschen Kanzler und dem russischen Präsidenten, die der Berliner Antrittsbesuch Putins im Juni

59 Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft, Positionspapier: Einschätzung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, September 2004, S. 6.

60 „Russisch-deutsche Beziehungen als Gerüst beim Aufbau eines neuen Europas“, Rede Wladimir Putins, 9. April 2002, in: [www.moskau.diplo.de](http://www.moskau.diplo.de).

2000 einleitete, ebenfalls ganz im Zeichen der wirtschaftlichen Kooperation inszeniert wurde. Hier konnten nach den Auseinandersetzungen um den Kosovo-Krieg am ehesten die „gemeinsamen Interessen“ sichtbar gemacht werden, auf denen nach Darstellung beider die deutsch-russischen Beziehungen zuvörderst aufbauen sollten.<sup>61</sup> Auch wurde bei dieser Gelegenheit die aus Politik und Wirtschaft prominent besetzte „Deutsch-Russische Arbeitsgruppe für strategische Fragen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit“ eingerichtet, die sich in einem intensiven Verhandlungsrhythmus sowohl den Altlasten als auch neuen „Leuchtturmprojekten“ widmen sollte und zum eigentlichen Scharnier der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen avancierte – wenn auch mit nur mäßigem Erfolg.<sup>62</sup> Allerdings überschattete noch bis Mitte 2002 die Schuldenfrage die wirtschaftspolitischen Beziehungen beider Länder.<sup>63</sup> Und auch nachdem dieser Bremsklotz dank russischer Solvenz beseitigt war, verstummten Klagen über „Sand im Getriebe“ und „schleppe Entscheidungsprozesse“ nicht sofort.<sup>64</sup>

In diesen Rahmen fügte sich, dass auch das Memento der 1990er Jahre nach einer „Verbesserung der Rahmenbedingungen“ für deutsche Investoren nicht verstummte. Noch 2001 sollte etwa der energiepolitische Dialog „vor allem die Rahmenbedingungen für Energieinvestitionen ändern“, wie Russland generell endlich „die lange vernachlässigten Strukturreformen“ anzugehen gefordert war, denn, so Gerhard Schröder: „Niemand kann davon ausgehen, dass hohe Ölpreise das russische Wirtschaftswachstum auf Dauer stützen.“ Und bei Pipelines war zu beachten, dass Streckenführungen „den Unternehmen vorbehalten bleiben“ und ihren „wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ – worauf aus Anlass der Ostsee-Pipeline zurück zu kommen ist.<sup>65</sup> Nur wenig später war all dies nach Auffassung des Bundeskanzlers bereits vollendet, hatten Putins Reformen „Russland auf einen Pfad stabilen wirtschaftlichen Wachstums geführt“ und auch „das Vertrauen ausländischer Investoren in Russland grundlegend erneuert und wiederhergestellt“. Mehr noch: „Es gibt nicht den geringsten Grund, sich auf die Debatte einzulassen, dass dieses Vertrauen – aufgrund welcher Ereignisse auch immer – erschüttert werden könnte“ – womit sich

61 Zit nach Markus Wehner, Schröder und Putin gehen die Dinge in moderner Form an, FAZ, 17. Juni 2000, S. 3. Das galt nicht nur für die Altlastenabwicklung in Gestalt der Hermes-Notfälle und des Schuldenmanagements, sondern auch für vier neue Kooperationsprojekte mit einem Finanzvolumen von immerhin 1,7 Milliarden Euro.

62 Es hat den Anschein, dass die Bundesregierung bei der Schaffung des institutionellen Rahmens für die deutsch-russische Kooperation getreulich die Projekte umgesetzt hat, die ihr von der Wirtschaft schon zum Amtsantritt Putins nahe gelegt worden waren, vgl. Klaus Mangold, Wirtschaftsfaktor Russland. Die deutsche Wirtschaft hat Anlass zur Hoffnung, in: Internationale Politik, 55. Jg., Nr. 5, 2000, S. 1-6.

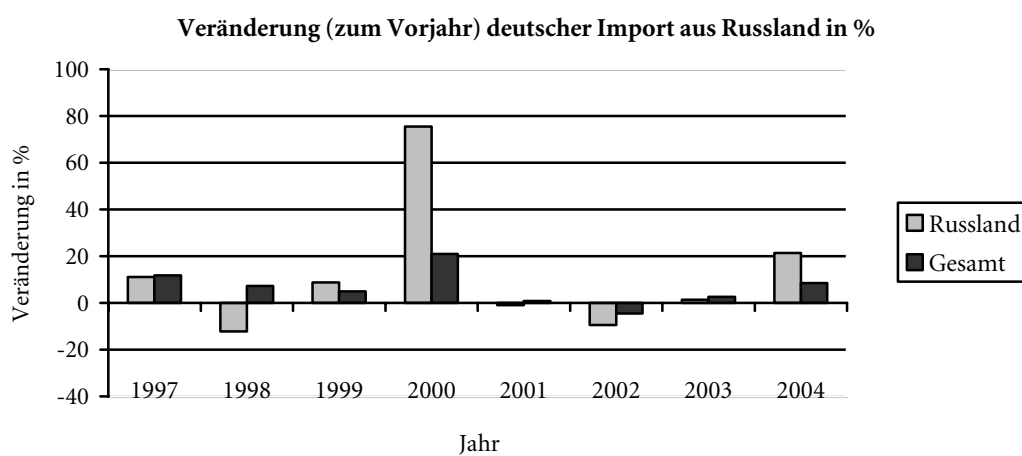
63 Dabei wurden immer neue Variationen ins Spiel gebracht, die vom Erlass über Umschuldungen bis hin *debt-equity-swaps* reichten. Auf den Regierungskonsultationen in Weimar wurde 2002 schließlich die letzte Barriere beseitigt, indem eine Russland entgegen kommende Lösung für die deutschen Forderungen aus dem 1992 für acht Jahre vertagten Transferrubel-Saldo aus DDR-Zeiten gefunden wurde. Und seit 2004 findet gar eine vorzeitige Schuldentilgung statt.

64 Vgl. z. B. „Schub für deutsch-russische Wirtschaftsprojekte“, Handelsblatt, 28. August 2003, S. 4.

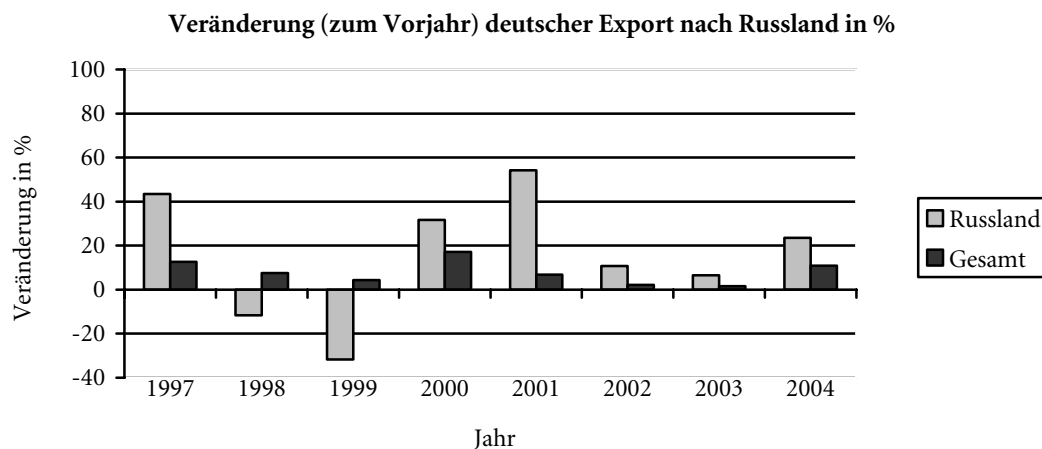
65 Gerhard Schröder, Partner Russland. Gegen Stereotype, für Partnerschaft und Offenheit – eine Positionsbestimmung, Die Zeit, 5. April, 2001, S. 10f.

Schröder in singulärer Klarheit auf die Seite Putins und die Aktionen seiner Machtorgane bei der Zerschlagung des Jukos-Konzerns stellte.<sup>66</sup>

Auch wenn Russland nur knapp 2,5% des deutschen Außenhandels auf sich vereint, ist es dank seiner Dynamik in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Wirtschaftspartner und für die politisch gut vernetzte Energiewirtschaft zum wichtigsten überhaupt aufgestiegen. Das ist angesichts der herausragenden Außenhandelsorientierung Deutschlands nicht nur unter liberalen und konstruktivistischen Auspizien von eminenter Bedeutung, sondern mobilisiert dank der singulären Dynamik zudem beträchtliche Phantasien. Auch wenn ein so entferntes Land wie die VR China noch weit davor rangiert, so sind im russischen Fall die jährlichen Steigerungsraten nicht minder eindrucksvoll. Wie die folgenden Schaubilder und die Tabellen im Anhang verdeutlichen, hat es beim deutschen Export bereits 2002 Ungarn hinter sich gelassen und beim Import 2004 Polen. Auch sind die Zahlen nach dem deutlichen Einbruch im Zuge der Rubelkrise 1998 nicht allein durch die drastisch steigenden Preise beim wichtigsten russischen Exportartikel – Öl und Gas – aufgebläht, sondern liegen nicht minder beim Export weit über der Entwicklung des Gesamtmarktes. Und die Dynamik ist ungebrochen, denn auch 2005 sei eine weitere Steigerung des Handelsvolumens um über 30% zu verzeichnen, so Putin am 16. Januar 2006 bei Angela Merkels Besuch in Moskau.



66 „Die Integration Russlands in die Weltwirtschaft.“ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor Studenten und Absolventen der Finanzakademie am 8. Juli 2004 in Moskau, in: [www.moskau.diplo.de](http://www.moskau.diplo.de).



Ein weniger beeindruckendes Bild vermitteln die deutschen Investitionen in Russland. Mitte 2005 rangierte Deutschland hier nach Angaben des russischen Amtes für Statistik mit 9,7% und kumulierten 9,32 Milliarden USD nur an fünfter Stelle, nach den Fluchtgeldhochburgen Zypern und Luxemburg sowie den Niederlanden und Großbritannien. Auch handelt es sich dabei mit knapp 2,6 Milliarden USD nur zum geringeren Teil um beständige Direktinvestitionen, die zudem nur marginal von 1,5 Milliarden USD im Jahre 1999 gestiegen sind. Der überwiegende Anteil des Kapitaltransfers entfällt dagegen auf Kredite, mit abnehmender Tendenz.

Trotz der auch 2005 anhaltenden Dynamik könnte der deutsch-russische Warenaustausch allerdings seine beste Zeit hinter sich haben. So hat die Wachstumsdynamik der russischen Wirtschaft ungeachtet der explodierenden Energiepreise im Verlauf des Jahres 2005 spürbar nachgelassen (Januar-September 2004: 7,4%, Januar-September 2005: 5,7%), und es zeigen sich mehr und mehr Anzeichen der „dutch disease“: eine boomende Binnennachfrage, die dank der starken realen Aufwertung des Rubel (auf das Niveau unmittelbar vor der Rubel-Krise 1998) den Import beflügelt und die russische verarbeitende Wirtschaft einem wachsenden Wettbewerbsdruck aussetzt. Auch wenn die Moskauer Regierung mit einer konservativen Fiskal- und Geldpolitik bislang dagegen sowie sektorale Wirtschaftsinteressen und soziale Ansprüche in Schach hält, scheint sie das Problem kaum eindämmen zu können.<sup>67</sup>

Dass sich die deutsche Wirtschaft im Sinne ihrer partikularen Nutzenmaximierung von solchen Wolken am Horizont kaum beeinträchtigen lässt, kann nicht überraschen. Allerdings verhielt sich bislang auch die deutsche Politik ganz in deren Sinne prozyklisch, wobei die Sicherung der Energiequellen ein wesentlicher Antrieb war. Seit einigen Jahren

<sup>67</sup> Immerhin: Selbst die Weltbank gelangt in ihren jüngsten Quartalsberichten über die russische Wirtschaft zu einer ausgesprochen „optimistischen Einschätzung“: „There is much that the Russian government can do to ensure sustainable and diversified growth, and this would not require a substantial change in course from the basic reform and policy strategy that has been pursued by the government since 2000.“ Weltbank, Russian Economic Report, Nr. 10, March 2005, S. 2. Siehe ähnlich auch den Report Nr. 11 vom November 2005, beides in: [www.worldbank.org.ru](http://www.worldbank.org.ru).

ist Russland der wichtigste deutsche Energieversorger mit einem Anteil von etwa einem Drittel bei den Rohölimporten und etwa 40% bei den stark steigenden Gasbezügen.<sup>68</sup> Russland kommt daher für die deutsche Versorgungssicherheit eine Schlüsselrolle zu, was angesichts der wachsenden internationalen Konkurrenz der deutsch-russischen Energiekooperation auch im Sinne des realistischen Paradigmas strategische Bedeutung verleiht. Hatte Deutschland in der Vergangenheit nahezu „exklusive“ Beziehungen unterhalten, muss es sich seit Beginn des neuen Jahrtausends gegen die Offensive vor allem der amerikanischen und chinesischen Energiewirtschaft behaupten.<sup>69</sup> Daher kann die Energiekooperation weder allein den beteiligten Unternehmen überlassen werden, noch müssen und können diese auf staatlichen Flankenschutz verzichten.

Das vor diesem Hintergrund sichtbarste und aktuell umstrittenste Projekt ist die Ostsee-Pipeline. Sie soll analog zur „Bluestream“-Pipeline, die mit einer Kapazität von über 20 Milliarden cbm zwischen Russland und der Türkei das Schwarze Meer durchquert und im November 2005 eröffnet wurde, in ähnlicher Größenordnung Deutschland direkt an das russische Leitungsnetz und die westsibirischen Gasfelder anbinden. Zwar wird die Ostsee-Pipeline durch ein privates Konsortium gebaut und betrieben, an dem gegenwärtig die russische Gasprom mit 51% sowie die beiden deutschen Unternehmen Wintershall und E.ON – letzteres wiederum im Umfang von ca. 6% des Aktienkapitals bei Gasprom engagiert – mit zusammen 49% beteiligt sind. Zugleich aber stellt es ein hochpolitisches Projekt dar, was nicht zuletzt die Vertragsunterzeichnung unmittelbar vor der Bundestagswahl am 8. September 2005 in Anwesenheit von Gerhard Schröder und Wladimir Putin unterstreicht. Auch ist dieser „historische Schritt für die deutsche Energieversorgung“ von Schröder selbst zum Markenzeichen seiner Russlandpolitik erhoben worden, als er auf der Pressekonferenz am 8. September in Berlin Skeptikern entgegen hielt:

„Ich habe deutsche Interessen zu vertreten, insbesondere, was die Sicherheit der Energieversorgung der deutschen Wirtschaft angeht. Das ist ein wirklich zentrales Projekt, was diese Frage angeht. Deswegen bin ich stolz darauf, einen Beitrag dabei leisten zu können, dass es zu Stande kam. Es ist gegen niemanden gerichtet, weder gegen die baltischen Staaten noch gegen Polen. Aber man muss dort Verständnis dafür haben, dass der deutsche Bundeskanzler deutsche Energieinteressen zu vertreten hat.“<sup>70</sup>

Tatsächlich war in Polen und Litauen aus nicht minder nationalen Interessen die Aufregung groß. Zwar verlaufen auch künftig durch Polen und die Ukraine mehrere parallele Leitungen – im ukrainischen Fall mit der ungleich höheren Kapazität von 115 Milliarden cbm. Die Ostsee-Pipeline stellt daher, ähnlich wie die Versorgungsstränge vom Kaspi-

68 Vgl. u.a. Christian Meier, *Deutsch-Russische Wirtschaftsbeziehungen unter Putin*, Berlin (SWP-Studie S 42), 2004, S. 7f.

69 Vgl. „Bundesregierung will am neuen Russland-Boom partizipieren“, *Handelsblatt*, 9. Oktober 2003, S. 6.

70 [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de). Dass dieses Projekt auch ein ganz persönliches Anliegen Gerhard Schröders darstellt, mag die Tatsache illustrieren, dass er nur wenige Wochen nach seinem Ausscheiden aus dem Amt das Angebot akzeptiert hat, den Aufsichtsratsvorsitz des Konsortiums zu übernehmen. Das wiederum erhält eine besondere Note durch die Moskauer Spekulationen, Wladimir Putin könne nach seinem Ausscheiden im Jahre 2008 – so dies tatsächlich erfolgt –, die Leitung des Gasprom-Konzerns übernehmen.



schen Meer, im Sinne der Diversifizierung lediglich eine Ergänzung dar, deren Dringlichkeit der jüngste Gastreit zwischen Russland und der Ukraine unterstreicht. Gleichwohl forderten Litauen und Polen deutsche Solidarität und machten mit dem Verlust von Durchleitungsgebühren sowohl ökonomische als auch sicherheitspolitische Gründe geltend, da nur ein starker Abnehmer wie Deutschland verhindern könne, dass Russland bei Bedarf die Belieferung der Transitländer seinen geostrategischen Interessen unterwerfe. So beklagte etwa der litauische Präsident Adamkus Ende Oktober 2005 bei seinem Staatsbesuch in Berlin, „als Mitglied der europäischen Familie“ nicht in die Entscheidung einbezogen, sondern „vor der Tür“ stehen gelassen worden zu sein. Und namentlich dem Bundeskanzler hatte er zuvor in scharfer Form „völlige Unkenntnis“ nachbarschaftlicher Beziehungen vorgeworfen.<sup>71</sup>

Die damalige parlamentarische Opposition in Berlin machte sich zum deutschen Sprachrohr dieser Kritik. So sah Wolfgang Schäuble in dem Pipeline-Projekt einen weiteren Beleg dafür, „wie man Außenpolitik nicht machen kann, wenn man Europa nicht spalten und neues Misstrauen schüren will.“ Und Friedbert Pflüger bekräftigte, dass es „keine Politik über die Köpfe der Mittel- und Osteuropäer hinweg“ geben dürfe: „Der Eindruck einer solchen Politik darf nicht einmal im Ansatz entstehen.“<sup>72</sup> Allerdings ließen auch CDU/CSU nie einen Zweifel daran, dass sie das Projekt selbst für richtig halten – schon um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, die deutsche Energieversorgung aufs Spiel zu setzen. Der Einwand ist denn auch weniger substantiell, denn im Sinne deutscher Konsultations- und Kompromisstraditionen prozedural, dass man es „klüger, sensibler diplomatisch“ hätte handhaben müssen, was an dem Dissens indes nichts ändert.<sup>73</sup> Es war denn auch in diesem begrenzten Sinne, dass Angela Merkel bei ihrem Warschauer Antrittsbesuch am 2. Dezember 2005 durch das Angebot einer deutsch-polnischen Arbeitsgruppe und die Bekräftigung, das Projekt stehe für Dritte offen, die Wogen diplomatisch zu glätten suchte – ohne von der Pipeline selbst abzurücken.

Dazu dürften auch die klaren Positionen beigetragen haben, wie sie spätestens seit dem Amtsantritt Putins die deutsche Wirtschaft und deren politische Repräsentanten bezogen haben. Sie stellen seither die wohl artikulierteste und einflussreichste Lobby für Russland dar und lieferten in mancher Hinsicht Schröder das Skript seiner öffentlichen Verlautbarungen – ohne damit allerdings sofort Gehör zu finden. So bot dem Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, der Moskauer Amtswechsel im Jahre 2000 weit deutlicher „Anlass zu Hoffnung“ als Schröder, hatte er doch den Ein-

71 FAZ, 26. Oktober 2005, S. 4. Zugleich forderte er den Kanzler auf, sein „extrem freundliches – oder wie soll ich es nennen? – Verhältnis“ zum russischen Präsidenten dafür zu nutzen, damit die russische Seite die Grenzverträge mit Estland und Lettland ratifiziere, wofür dieser im Einklang mit den Moskauer Einwänden gegen das Ratifizierungsverfahren in beiden Ländern diese selbst verantwortlich machte.

72 Interview mit dem Südwestrundfunk am 8. September 2005, in: [www.wolfgang-schaeuble.de](http://www.wolfgang-schaeuble.de). Friedbert Pflüger, Niemals über die Köpfe Polens hinweg, 12. August 2005, in: [www.friedbert-pflueger.de](http://www.friedbert-pflueger.de). Als Randnotiz mag man anfügen, dass Schröder bei seinem ersten Amtsantritt 1998 natürlich bevorzugt Warschau und erst danach Moskau besucht hat, nicht anders als in seiner Nachfolge auch Angela Merkel.

73 So Friedbert Pflüger in einem Interview mit DLR Kultur am 8. September 2005, in: [www.friedbert-pflueger.de](http://www.friedbert-pflueger.de)

druck, „dass die Chancen für eine Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen günstiger sind als lange zuvor“. Dies gründete nicht zuletzt in der „realistisch-pragmatischen und entschlossenen“ Persönlichkeit Putins, die er bei einem frühen Besuch – dem ersten einer ausländischen Wirtschaftsdelegation – kennen und schätzen gelernt hatte. Schon damals vermerkte Mangold neben dem ausgeprägten russischen Interesse an intensiven Beziehungen mit Deutschland als Aktiva den „beachtlichen Modernisierungswillen“ auf russischer Seite, das „enorme Marktpotenzial“ sowie die „zentrale Bedeutung für die künftige Energieversorgung“ in Deutschland.<sup>74</sup> Die damals wenig enthusiastische deutsche Russlandpolitik stieß denn auch auf beträchtliche Vorbehalte, wobei namentlich die harte Kritik am Tschetschenienkrieg in der deutschen Öffentlichkeit sowie das „gelegentlich oberlehrerhafte Auftreten deutscher Politiker“ negativ vermerkt wurden.<sup>75</sup>

Diese positive Einschätzung wurde im Verlauf des ersten Amtsjahres noch verstärkt und hat sich bis heute erhalten.<sup>76</sup> So charakterisierte Mangold 2003 Putins Wirtschaftsprogramm als „die einschneidendsten Reformen, die Russland je erlebt hat.“<sup>77</sup> Unter deren Gewicht schrumpften die öffentlich debattierten Probleme zur *quantité négligeable* – ganz im Einklang mit Sprachregelungen, wie sie auch der Kanzler bemühte. Schon der Konflikt mit Wladimir Gusinskij um den Fernsehsender NTW im Jahre 2000 erschien Klaus Mangold als „sehr komplex und von außen nicht ganz zu erkennen.“<sup>78</sup> Jukos galt ihm durchaus nicht als Beleg dafür, dass sich Russland auf einen „abschüssigen Pfad“ begeben habe, vielmehr handele es sich um einen Einzelfall. Und auch beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen habe Russland „in den letzten Jahren insgesamt große Fort-

74 Mangold, a.a.O. (Anm. 62), S. 1-6.

75 Vgl. „Ost-Ausschuss hofft auf guten Willen Moskaus“, in: Handelsblatt, 3. April 2000, S. 11; Handelsblatt 14. Juni 2000, S. 12. Zwar erschien auch Mangold – soviel als Referenz an die aktuellen Debatten in der Heimat – Tschetschenien als Belastung, doch zeigte er sich erleichtert, dass die EU ungeachtet dessen die Zusammenarbeit mit Russland ausbauen wollte und empfahl Deutschland, „die Rolle eines aktiven Vermittlers“. Mangold, a.a.O. (Anm. 62), S. 5f.

76 So charakterisierte der Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation in seinem Jahresbericht 2000 Putin als einen „großen Hoffnungsträger“, dessen frischer Tatkraft zu verdanken sei, dass sich die Lage und damit auch die „Stimmung“ der deutschen Wirtschaft in Moskau „fühlbar verbessert“ habe, „Russland 2000 – Schritte in die richtige Richtung“, Jahresbericht des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation, Moskau, 7. Dezember 2000, S. 3. Ganz anders im vorhergehenden Jahr: Im Jahresbericht 1999 überwogen unter Einschluss des neu entfachten Krieges in Tschetschenien („Anlass zu großer Sorge“ und „in extremer Weise Ausdruck der Systemkrise eines ganzen Landes“) die „schlechten Nachrichten“, so dass behutsam korrigierend lediglich vor „pauschalisierender Dämonisierung“ gewarnt wurde, „Russland 1999 – ein schmerzhaftes Erwachen“, Bericht des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der RF, S. 3.

77 Zit. nach Handelsblatt, 10./11. Oktober 2003, S. 5. Auch nach der Wiederwahl Putins 2004 zollte der Ostausschuss der russischen Regierung „für ihr wirtschaftspolitisches Reformwerk hohe Anerkennung“ und lobte das „rasante Tempo“, mit dem diese ihren Reformkurs vorangetrieben habe. Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft, Positionspapier: Einschätzung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, September 2004, S. 4, 7.

78 Interview mit Klaus Mangold in der FAZ, 9. April 2001, S. 16, wenngleich er immerhin noch in allgemeiner Form ergänzte, „eine liberale Wirtschaftsverfassung benötigt auch eine liberale Meinungspluralität“, so dass NTW durchaus als „Prüfstein“ betrachtet werden könne.

schritte gemacht“.<sup>79</sup> Für die deutsche Wirtschaft steht daher außer Frage, dass sich die Politik mit Schröders demonstrativer Hinwendung zu Putin auf den richtigen Weg begeben hat, den tunlichst auch die christlich-liberale Opposition nach einer Regierungsübernahme einschlagen sollte.<sup>80</sup> Deren Zuverlässigkeit stand durchaus in Zweifel, nicht nur, weil Angela Merkel zu Putin Distanz wahrte, sondern auch wegen der deutlichen Kritik, die an dessen innenpolitischem Kurs geübt und vereinzelt auch um Forderungen nach Konsequenzen ergänzt wurde.<sup>81</sup>

Nach Auffassung der deutschen Wirtschaft soll die Politik den sich fruchtbar entfaltenden ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland dienen und diesen den Weg bereiten, Das ist umso wichtiger, als ohne politische Flankierung von höchster Stelle wirtschaftliche Erfolge nicht zu erzielen sind – zumal im Energiesektor und gerade auch in Russland. Auf keinen Fall aber darf die Wirtschaft zur Geisel politischer Ziele und Auseinandersetzungen werden. Sie hatte darin mit Schröder einen kongenialen Partner gefunden, der die Interessen der deutschen Wirtschaft mühelos zum nationalen deutschen Interesse stilisierte. Das stieß selbst im Regierungslager nicht auf ungeteilte Zustimmung, wo sich von Zeit zu Zeit die mit dem Handelsstaat konkurrierenden Aspekte aus dem Selbstverständnis der Zivilmacht regten. So forderte etwa der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, aus Anlass der Jukos-Affäre im Deutschen Bundestag:

„Wir sollten grundsätzlich für eine Kooperation auch auf wirtschaftlichem Gebiet eintreten, die die Thematisierung der Menschenrechts- und der Demokratiefrage nicht ausschließt. Eine solche Kooperation kann geradezu als Medium benutzt werden, um diese Frage immer wieder systematisch anzusprechen.“<sup>82</sup>

Das jedoch blieb ebenso Deklaration, wie auch die Demokratiedefizite in Russland ein auf die politische Debatte in Deutschland beschränktes Thema blieben.

79 Interview mit Dr. Klaus Mangold, in: [www.petersburger-dialog.de](http://www.petersburger-dialog.de); Klaus Mangold, Russland hat großes Potential für Investitionen, in: <http://wirtschaft.russlandonline.ru>. Vgl. zum Jukos-Fall mit dem gleichen Tenor auch der Vorstandsvorsitzende der Metro, Hans-Joachim Körber, der in einem Interview mit dem Handelsblatt (15. Dezember 2003, S. 8) das „Grundvertrauen“ keineswegs erschüttert, sondern im Gegenteil „riesige Fortschritte“ in der Restrukturierung und Liberalisierung sieht.

80 Vgl. Handelsblatt, 8. September 2005, S. 7.

81 Für Pflüger etwa durften das „gute Verhältnis zu Russland“ und die „guten Geschäfte für unsere Wirtschaft“ nicht „um jeden Preis“ verfolgt werden, „Viel Lenkung, wenig Demokratie,“ Der Tagesspiegel, 22. Dezember 2004. Und der FDP-Abgeordnete Harald Leibrecht nahm im Einklang mit ähnlichen Stimmen aus dem US-Kongress die Jukos-Affäre zum Anlass, um im November 2003 die Frage aufzuwerfen, ob ein Land, „das eine so unsichere Wirtschaftspolitik betreibt“, weiter Mitglied der G8 sein könne oder in die Welthandelsorganisation aufzunehmen sei. Dies blieb allerdings eine isolierte Forderung.

82 Aktuelle Stunde des Deutschen Bundestages am 13. November 2003 (Plenarprotokoll 15/75).

## 6. Der demokratische Sand im Interessengetriebe

Den einzigen Störfaktor von Gewicht in den deutsch-russischen Beziehungen stellt die innere Entwicklung Russlands dar. Tatsächlich ist hier eine wachsende Diskrepanz zu verzeichnen, denn während sich in der Amtszeit Wladimir Putins bei den sicherheitspolitischen und den ökonomischen deutschen Interessen eine signifikante Annäherung vollzogen hat, vergrößerte sich die Distanz bei den demokratischen Werten. Praktische Konsequenzen folgten daraus bislang nicht, was darauf hindeuten mag, dass ganz im Sinne der gängigen wissenschaftlichen Befunde zur Demokratieförderung, deren „weiche“ Ziele im Konflikt noch immer an den „harten“ Interessen zerschellt sind. Zugleich aber manifestiert sich in dieser Diskrepanz aber auch die wachsende Lücke zwischen den Beziehungen an der Spitze beider Staaten, die erklärtermaßen noch nie so gut waren, und der Wahrnehmung Russlands in der deutschen Öffentlichkeit, wo die Irritationen über Putins autoritären Kurs heute zum guten kritischen Ton gehören.

Zwar wird die „Werte-versus-Interessen“-Debatte in Deutschland nicht mit der gleichen Hingabe geführt wie in den USA,<sup>83</sup> gleichwohl hat das Problem auch hier Spuren hinterlassen. Dabei geht es um zwei, in der politischen Auseinandersetzung selten klar geschiedene Dimensionen: zum einen um die außenpolitischen Prioritäten, ob utilitaristisch den eigenen Interessen oder ob umgekehrt den eigenen Werten gefolgt werden soll, wobei letzteres durchaus auch als Interesse verstanden werden kann. Zum anderen geht es um die Frage, wie die demokratische Evolution in Russland und wie grundsätzlich deren Chancen angesichts der schwierigen Ausgangsbedingungen einzuschätzen sind.

In der wissenschaftlichen Russland-Beobachtung überwiegt vor dem Hintergrund der autoritären Dynamik heute die Auffassung, dass der demokratischen Transformation Russlands „Vorrang vor allen anderen Aufgaben“ gebühre.<sup>84</sup> Das gilt auch für weite Teile der politischen Klasse, wo diese These besonders lautstark von der einstigen parlamentarischen Opposition artikuliert wurde. So kritisierte Friedbert Pflüger im Sommer 2004: „Ohne gemeinsame Werte sind dem Ausbau der Beziehungen Grenzen gesetzt.“ Das verlange „klare und offene Worte“ und nicht „Opportunismus und Anbiederei.“<sup>85</sup> Damit

83 Vgl. hierzu Hans-Joachim Spanger, *Modernisierung contra Demokratisierung. Putins russischer Weg*, Frankfurt (HSFK-Report, Nr. 12), 2004, S. 34-40.

84 Hannes Adomeit, Katrin Bastian, Roland Götz, *Deutsche Russlandpolitik unter Druck*, Berlin (SWP-Aktuell 56), Dezember 2004, S. 8. Vgl. auch Heinrich Vogel, *Die verletzte Großmacht. Voraussetzungen für einen Umgang mit Russland*, in: Erich G. Fritz (Hg.), *Russland unter Putin: Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?*, Oberhausen (Athena), 2005, S. 69-79; ders. *How Not to Deal with a Backsliding Russia*, in: *Internationale Politik*, Jg. 6, Nr. 4 (Winter issue), 2005, S. 58-61.

85 Friedbert Pflüger, *Rußland ist kein Ausnahmepartner*, in: FAZ, 26. Juli 2004, S. 10; ders., *Kritik muss erlaubt sein. Russland ist keine Ausnahmepartner*, in: *Internationale Politik*, Nr. 3, 2004, S. 18-26. Ein solches Verhalten werde auf russischer Seite nur als Schwäche interpretiert, und auch eine Kollision mit deutschen Interessen vermochte er nicht wahrzunehmen, da etwa die Wirtschaftsbeziehungen nicht minder auf russischen Interessen basierten. Ähnlich Ruprecht Polenz, der sich mit den gleichen Argumenten gegen „Leisetreterei“ und den „westlichen Deal“ wandte, Entdemokratisierung zugunsten von Stabilität zu tolerieren. (Aktuelle Stunde des Deutschen Bundestags vom 13. November 2003). Oder auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die die „strategische Partnerschaft“ mit Russland auf

wandte er sich namens seiner Fraktion vor allem gegen den Bundeskanzler, der zwar die Grundprämisse im Prinzip teilte, bei dem sich aber auch hier eine bemerkenswerte Metamorphose vollzogen hatte, die das Demokratiepostulat als zunehmend lästigen Störfaktor erscheinen ließ. So folgte Schröder am Beginn der Amtszeit Putins ganz der damals etablierten Sprachregelung und gab Russland im Einklang mit den Demokratieklauseln der EU-Partnerschaftsverträge zu bedenken: „Die Wertegemeinschaft ist erste Voraussetzung für das weitere Zusammenwachsen Europas.“<sup>86</sup> Am Ende seiner Amtszeit sah er diese jedoch bereits verwirklicht – zumindest in den bilateralen Beziehungen: „Damit haben wir eine Zukunftspartnerschaft auf den Weg gebracht, die auf dem Bekenntnis zu gemeinsamen Interessen und Werten gründet.“<sup>87</sup>

Das zeugt von einer zumindest eigenwilligen Interpretation der demokratischen Verhältnisse in Russland, die Schröder auch bei anderer Gelegenheit offerierte – so bei seinen Äußerungen zum Verfassungsreferendum in Tschetschenien im Frühjahr 2003 („gute Ansätze“), zu den tschetschenischen „Präsidentschaftswahlen“ im Herbst 2004 („Soweit ich das übersehen kann, kann ich eine empfindliche Störung der Wahlen nicht feststellen“) zur Jukos-Affäre Mitte 2004 („Ich verstehe die Aufregung nicht: kein Ansatzpunkt, dass das nicht rechtsstaatlich abgelaufen ist“) und zu Putin selbst, dessen Charakterisierung als „lupenreiner Demokrat“ zum Kanzlerwort des Jahres 2004 und folgende avancierte. Der Begriff fiel in einem Interview mit Reinhold Beckmann am 23. November 2004 in der ARD, wo Schröder auf die Frage „Ist Putin ein lupenreiner Demokrat?“ umfänglich antwortete:

„Das sind immer so Begriffe. Ich glaube ihm das, und ich bin davon überzeugt, dass er das ist. Dass in Russland nicht alles so ist, wie er sich das vorstellt, gar wie ich oder wir uns das vorstellen würden, das – glaube ich – sollte man verstehen. Dieses Land hat 75 Jahre kommunistische Herrschaft hinter sich, hat zehn Jahre eine Situation, die gekennzeichnet war durch den Zerfall der Staatlichkeit. Was Putin jetzt schafft und schaffen muss, ist den Staat wieder in seine Funktion zu setzen, damit das Sicherheit für seine Bürger garantieren kann, aber auch Sicherheit für Investoren garantieren kann. Dass dabei nicht alles so läuft, wie es idealtypisch aufzuschreiben wäre, das kann man unterstellen. Und ich würde immer gern die Fundamentalkritiker daran erinnern, mal darüber nachzudenken, ab wann denn bei uns alles so wunderbar gelaufen ist. Also ich finde, man muss, wenn man eine Situation in einem Land bewertet, sich mit seiner Geschichte auseinander setzen, sich auseinander setzen mit den Bedingungen, unter denen dort Demokratie etabliert wird. Und ich glaube, Herr Putin – und ich bin auch davon überzeugt –, dass er dieses Land zu einer ordentlichen Demokratie machen will und machen wird, die auch dann vielleicht nicht allen Ansprüchen seiner Kritiker genügt, aber unser beider schon.“<sup>88</sup>

„Rechtsstaatlichkeit“ gründen wollte und sich gegen ein „auf hegemoniales Machtdenken beruhendes gemeinsames Wirtschaftsprojekt“ wandte (Bundestagsdebatte über die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 1. Dezember 2004 (Bundestagsdrucksache 15/144)).

- 86 Gerhard Schröder, Partner Russland. Gegen Stereotype, für Partnerschaft und Offenheit – eine Positionsbestimmung, in: Die Zeit, Nr. 15, 5. April 2001; S. 10f.
- 87 Gerhard Schröder, Eine neue Qualität der deutsch-russischen Beziehungen, in: Handelsblatt, 8. September 2005, S. 9. Ähnlich auch in seinem Beitrag für die Komsomol'skaja Pravda, 9. Mai 2005.
- 88 Einst verfügbar auf seiner Website [www.bundeskanzler.de](http://www.bundeskanzler.de). Ähnlich auch sein Interview in: Die Welt, 5. Dezember 2004.

Zwar finden sich in dieser Antwort alle relativierenden Topoi, die in der Debatte über die demokratischen Defekte Russlands vorgetragen werden, vom historischen Erbe über die aktuellen sozioökonomischen Bedingungen bis zum Primat der Stabilität. Doch nachdem der „lupenreine Demokrat“ nicht zurückgewiesen wurde, klebt er nun mangels *political correctness* an Schröder wie einst die Peanuts an Hilmar Kopper. Auch ist es ein offenes Berliner Geheimnis, dass diese wie die anderen Steilvorlagen im Lager der rot-grünen Regierungskoalition mit fast resigniertem Unbehagen aufgenommen wurden. Das gilt um so mehr, als auch dort wie bei der Opposition die Skepsis über den innenpolitischen Kurs Putins weit verbreitet war und ist. Sie beschränkte sich nicht auf einzelne Abgeordnete, die wie Gert Weisskirchen, Rudolf Bindig oder Claudia Roth im Sinne ihres menschenrechtlichen Engagements auch unter Putin intensive Kontakte zur russischen Opposition – und selbst zu Vertretern des tschetschenischen Widerstands – pflegten.<sup>89</sup> Sie wurde immer wieder auch von den offiziellen außenpolitischen Sprechern der ehemaligen Regierungsfractionen artikuliert, wenngleich hier deutlicher noch die Dilemmata der zwischen Interessen und Werten eingeklemmten Realpolitik hervortraten. So gab Gernot Erler vor dem Hintergrund der Jukos-Affäre zu bedenken:<sup>90</sup>

„Man muss sehr genau überlegen, wie man damit umgeht. Es geht nicht darum, sich gegenseitig vorzuwerfen, dass der eine zu leise und der andere zu laut redet. Ich meine, wir haben sehr ernste Fragen zu stellen. Dabei sollen wir immer im Blick behalten, was unsere Interessen sind. [...] Wir sind an einem Erfolg des russischen Transformationsprozesses und auch der wichtigen Reformen interessiert, die sich mit dem Namen Putin und seinen letzten vier Regierungsjahren verbinden. Wir müssen bei allem, was wir hier tun, abwägen, ob es dazu beiträgt oder nicht.“<sup>91</sup>

89 Weisskirchen etwa hatte gemeinsam mit Markus Meckel im Januar 2004 Ahmed Sakajew, den von Russland mit internationalem Haftbefehl gesuchten und im Londoner politischen Exil lebenden Auslandsrepräsentanten Aslan Maschadows, in den Bundestag eingeladen und damit scharfe Proteste der russischen Regierung ausgelöst. Und bei Bindig klingt es – wenn es um Tschetschenien geht – schon fast wie bei der Opposition: „Wir müssen mit unseren Möglichkeiten überall auf eine Veränderung hinwirken. Es ist notwendig, dass diese Frage bei allen Gesprächen, die auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister geführt werden, angesprochen wird. Ich sage durchaus: Wenn der Eindruck entsteht, das würde dort nicht intensiv angesprochen und debattiert – wobei wir allerdings hören, dass das Thema immer angesprochen wird –, muss man eben klarer sagen, was denn dort angesprochen worden ist, um das für die Öffentlichkeit transparent zu machen.“ Aktuelle Stunde des Deutschen Bundestags vom 13. November 2003 (Plenarprotokoll 15/75).

90 Seine Beunruhigung findet sich ausführlich in seinem sehr fundierten Beitrag „Der Fall Chodorkowskij – Zur Tomographie eines politischen Konflikts“, in: Gabriele Gorzka, Peter W. Schulze (Hg.), *Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie*, Frankfurt (Campus), 2004, S. 301-325. Auch wenn er dort noch keine endgültigen Schlüsse zieht, so rechnet er diesen Fall doch zu den „vielen schlechten Nachrichten“, die das Bild Putins als Garanten politischer und wirtschaftlicher Stabilität in wachsenden Maße beeinträchtigten.

91 So in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestags zur Jukos-Affäre am 13. November 2003 (Plenarprotokoll 15/75). Ähnlich in der gleichen Debatte der SPD-Abgeordnete Rolf Mützenich: „Es ist offenkundig: Das ist ein schwieriger Balanceakt. Wir haben ein Interesse an einem stabilen Russland. Stabilität und Verlässlichkeit sind ohne Rechtsstaatlichkeit aber nicht denkbar. Darauf wirken wir ein; [...] Ich bin gegen Schwarzweißmalerei. Wir müssen klug und behutsam für die Demokratie in Russland arbeiten. Den Demokraten ist aber nicht mit Lautstärke geholfen. Wir müssen vielmehr die Rahmenbedingungen beeinflussen, um die Strukturen und die Grundlagen der Demokratie zu stabilisieren.“ Beim gleichen Ziel und mit nahezu den gleichen Worten – „Stabilität und Berechenbarkeit sind gefragt. Deshalb kommt der Frage der Unabhängigkeit der Justiz und der Pressefreiheit eine so enorme Bedeutung zu“ –

Angesichts dessen wie vor dem Hintergrund des Tschetschenien-Konflikts ist für Erler die entscheidende Herausforderung, eine Balance zu finden zwischen dem deutschen „strategischen Interesse“ an der Stabilität in Russland und der Tatsache, sich „nicht stillschweigend mit allem abfinden“ zu können, was in Russland geschieht.<sup>92</sup> Ohne die Zusammenhänge näher zu ergründen, zielte die von ihm geforderte Sensibilität folglich nicht allein auf den deutschen Einfluss in Russland, sondern ebenso auf die gesinnungs- versus verantwortungsethisch gestimmten innenpolitischen Fronten in Deutschland. Denn bei Schröder und im Kanzleramt war die Stabilität zum (alles) „überragenden Interesse“ aufgerückt, während die Opposition sich auf die „stillschweigende“ Akzeptanz der undemokratischen Verhältnisse kaprizierte und diese durchbrechen wollte. Bei Lichte besehen, verliefen die Fronten allerdings eher entlang der Methoden als der Substanz. So hielt die Regierung den oppositionellen Forderungen nach „offenen Worten“ regelmäßig entgegen, dass „nur ein intensiver und vertrauensvoller bilateraler wie multilateraler Dialog“ die auch von ihr angestrebten Veränderungen herbeizuführen vermag.<sup>93</sup> Und auch die Kritik der Opposition an der offiziellen Russlandpolitik war zwar laut, konkrete Forderungen blieben jedoch rar. Fraktionsübergreifende Vorstöße im US-Kongress, Russland aus dem Kreis der G8 zu verbannen, haben etwa auf deutscher Seite bislang keinen Widerhall gefunden, obwohl der Anlass durchaus ähnlich wahrgenommen wird.

Offenkundig ging es bei den Auseinandersetzungen über die politische Situation in Russland weniger um alternative Politik-Entwürfe als um die unterschiedlichen Rollen, die Regierung und Opposition oder im Lager der Regierungsmehrheit die Vertreter der Exekutive und der Legislative ausfüllen. Das wird bisweilen sogar offen angesprochen, wenn etwa Friedbert Pflüger den Regierungsfractionen zustimmt: „Sie haben Recht: Es muss ein Zusammenspiel zwischen einem lautstark und klar artikulierenden Parlament und einer auf stille Diplomatie setzenden Regierung geben. Aber stille Diplomatie darf kein Alibi für Nichtstun werden.“<sup>94</sup> Es fügt sich in dieses Bild, dass es zu den beliebtesten parlamentarischen Debattenbeschäftigungen gehört, sich wechselseitig die markigen Worte der Vergangenheit vorzuhalten, die, im anderen Kontext entstanden, eben dieser Rollenlogik folgen. Dabei wird immer wieder auf die Kritik von Joschka Fischer in der Bundestagsdebatte am 19. Januar 1995 zu Tschetschenien verwiesen, die in der Regierungsverantwortung um einiges moderater ausfiel.<sup>95</sup> Darauf wiederum entgegnete die Bundes-

kommt der CDU-Abgeordnete Erich G. Fritz in der selben Debatte allerdings zur umgekehrten Schlussfolgerung: „[E]s geht nicht darum, jetzt großmännisch gegenüber Russland aufzutreten, überhaupt nicht. Aber es geht auch nicht, dass die Regierung nur ausblendet, ignoriert, wegsieht und ein gutes Klima verbreitet. Denn jeder, der jetzt schweigt, vergrößert den Spielraum derer, die die russische Gesellschaft wieder autoritär umgestalten wollen.“

92 So am 9. September 2004 in einem Interview mit dem Inforadio des RBB, zit. nach: [www.gernot-erler.de](http://www.gernot-erler.de).

93 Hans Martin Bury, in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zur Jukos-Affäre am 13. November 2003 (Plenarprotokoll 15/75).

94 So in der Debatte zu Tschetschenien am 3. Dezember 2004 (Plenarprotokoll 15/146).

95 Vgl. etwa Friedbert Pflüger in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages vom 13. November 2003 (Plenarprotokoll 15/75), wo er Fischers Rede wie folgt zitiert: „Bei Menschenrechtsverletzungen gibt es kein Einmischungsverbot. Bei Menschenrechtsverletzungen gibt es vielmehr nur eines: die Pflicht zur

regierung zumeist, dass sich auch die Oppositionsparteien bei offiziellen Besuchen ihrer Vertreter in Moskau ganz anders als vor der deutschen Öffentlichkeit zu äußern pflegten.<sup>96</sup>

Allerdings müssen bei einer solchen Arbeitsteilung immer die Grenzen bedacht werden, jenseits derer die Kooperation selbst gefährdet wird. Doppelgleisig zu fahren birgt neben den Glaubwürdigkeitsproblemen Risiken, die sich aus den Reaktionen der Gegenseite ergeben. Dem hat letztlich auch die Opposition Rechnung getragen, denn im Mittelpunkt der meisten Debatten standen die innenpolitischen Geländegewinne, die man sich bei einer gewissen inhaltlichen Beliebigkeit von der „Entlarvung“ der Regierung erhoffen konnte. Gleiches gilt umgekehrt für die engen Beziehungen an der Spitze beider Staaten. Angesichts der zentralen Rolle des Kreml im politischen Systems Russlands ermöglichen sie überhaupt erst politische Fortschritte, die auf den Ebenen darunter allzu schnell in den buchstäblich verantwortungslosen bürokratischen Mühlen verenden. Und sie sind geeignet, das „Grundvertrauen“, zu schaffen, mit dem „man einander die Wahrheit“ sagen kann, „auch wenn die Interessen unterschiedlich sind“.<sup>97</sup> Zugleich aber will das mühsam errungene wechselseitige Vertrauen nicht gefährdet werden und kann so leicht in blockierende Tabu-Zonen münden und zu der oben angesprochenen Risikoscheu beitragen.

Tschetschenien, die bis heute größte Irritation, dokumentiert beide Dilemmata und bündelt zugleich im Brennglas Wandel und Grenzen deutscher Einflussnahme auf die russische Politik. Als Putin auf der patriotischen Woge militärischer Vergeltung in Tschetschenien sein Präsidentenamt im Jahre 2000 gewann, profilierte sich Deutschland als einer der prominentesten Kritiker im Westen – und zwar nicht nur arbeitsteilig zwischen Regierung und Opposition oder zwischen Regierung und Parlament, sondern ganz offiziell. Dabei trat im Einklang mit seiner Partei namentlich Joschka Fischer hervor. Er thematisierte den russischen „Kolonialkrieg“ nicht nur bei jeder Gesprächsgelegenheit, sondern geißelte die „politische und humanitäre Katastrophe“ auch mit jenen Worten, die letztmals im Kosovo Karriere gemacht hatten und daher auf russischer Seite beunruhigende Assoziationen weckten, zumal in allem Ernst auch über Sanktionen nachgedacht wurde.<sup>98</sup> Anfangs noch ganz auf Distanz gestimmt, schloss sich dem, wenngleich in milde-

Wahrheit, Klarheit und zur öffentlich bekundeten klaren Position.“ Fischers Petitum aus der Tschetscheniendebatte vom 28. Januar 2000 am Beginn seiner Amtszeit, „wir dürfen nicht müde werden, uns in klarer und eindeutiger Sprache zu artikulieren“ bleibt dabei unerwähnt – vielleicht auch, weil er dabei ebenfalls auf die „unterschiedlichen Rollen“ verwies, die Bundesregierung, Bundestag und Parteien in dieser Frage einnehmen können und sollen.

96 Namentliche Beispiele dazu bei Joschka Fischer in der Tschetschenien-Debatte am 3. Dezember 2004 (Plenarprotokoll 15/146), wobei er sich selbst unter Verweis auf das Presseecho seines bis dahin letzten Besuchs am 12. Februar 2004 exkulperte. Allerdings fällt die Kritik häufig sehr viel differenzierter und nachdenklicher aus, wenn sie nicht in einschlägigen parteipolitischen Kontexten vorgetragen wird, vgl. etwa Wolfgang Schäuble, Das deutsch-russische Verhältnis, in: Fritz, a.a.O. (Anm. 84), S. 173-181, wo er selbstkritisch „gewisse Einseitigkeiten“ (S. 177) einräumt oder auch Erich G. Fritz, Stabilität und Ordnung ohne Freiheit und Demokratie?, in: *ibid.*, S. 111-137.

97 So Gerhard Schröder am 23. November 2004 in der ARD, in: [www.bundestkanzler.de](http://www.bundestkanzler.de).

98 Bei den Grünen war die Empörung besonders ausgeprägt und mündete in noch weiter gehende Attacken, so etwa in die Gleichsetzung von Milosevic und Putin, wie sie im Dezember 1999 Daniel Cohn-Bendit vornahm, vgl. „Putin und Milosevic“, FAZ, 3. Dezember 1999, S. 5.



rer Form, der Bundeskanzler an. So mahnte er in seinem Glückwunsch zur Ernennung Wladimir Putins zum amtierenden russischen Präsidenten Ende 1999 eine friedliche Lösung an, verzichtete darauf jedoch bereits in seinem Glückwunsch zur Wahl drei Monate später. Und nach dem 11. September 2001 zögerte er nicht, im Sinne der „uneingeschränkten Solidarität“ und der russischen Wahrnehmung auch Tschetschenien in den Kampf gegen den internationalen Terrorismus einzuordnen.<sup>99</sup> Dies bekräftigte er im September 2003 nach dem Terroranschlag von Beslan und angesichts lebhafter russischer Klagen über westliche Doppelstandards, als er in einer gemeinsamen Erklärung mit Putin bekundete, „dass der Terror überall gemeinsam dort zu bekämpfen ist, wo er stattfindet,“ „ungeachtet der zugrundeliegenden Motivation,“ wohl aber unter Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Herrschaft des Rechts.<sup>100</sup>

Allerdings: Schon damals waren weder in der Analyse des Konflikts und seiner Ursachen noch in der politischen Antwort Differenzen zwischen den Parteien der einstigen rot-grünen Koalition und der Opposition festzustellen. So bekannte sich nach dem Terroranschlag von Beslan auch Wolfgang Schäuble ganz im Sinne des Bundeskanzlers zur „uneingeschränkten Solidarität“ mit Russland und wollte diese Feststellung nicht „in irgendeiner Weise relativieren“, weder durch „Besserwisserei“ noch durch ungebührliche öffentliche Kritik, da in einer solchen Situation „vertrauliche Gespräche“ weit besser geeignet seien.<sup>101</sup> Fraktionszwang existiert in dieser Frage bis heute nicht, Tschetschenien war und ist die Domäne einiger weniger Abgeordneter, vor allem aus den Fraktionen der Grünen und der SPD. Das schlägt sich in allen öffentlichen Äußerungen nieder, die sich des Problems selbst annehmen und nicht darauf beschränken, die Aktionen und Äußerungen der Bundesregierung auf mögliche innenpolitische Geländegewinne abzuklopfen.<sup>102</sup> „Niemand hat für den Tschetschenienkonflikt eine Lösung parat.“ Diese Worte des grünen Abgeordneten Winfried Nachtwei aus der Tschetscheniendebatte des Deutschen Bundestages im Dezember 2004 umreißen so etwas wie den resignierten Grundkonsens aller Bundestagsparteien.<sup>103</sup> Erhalt der territorialen Integrität der Russischen Föderation

99 Auch dies wurde innerhalb der Regierungskoalition durchaus mit gemischten Gefühlen aufgenommen. So postulierte Gernot Erler, die Tatsache, „dass auch in Tschetschenien zum Teil gegen den internationalen Terrorismus gekämpft wird“ könne nicht dazu führen, „dass wir Putins Vorgehen nicht mehr kritisieren dürfen. Im Gegenteil: Wir müssen schon sagen, dass wir besorgt sind.“ Interview mit der Berliner Zeitung, 9. März 2004.

100 „Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland Gerhard Schröder, 10. September 2004, in: [www.moskau.diplo.de](http://www.moskau.diplo.de).

101 So in seiner Rede zur Debatte des Haushalts des Auswärtigen Amts im Deutschen Bundestag am 8. September 2004 (Plenarprotokoll 15/122) sowie in einem Interview mit dem DeutschlandRadio am 7. September 2004, in: [www.dradio.de](http://www.dradio.de).

102 Eine besonders publikumswirksame Aktion unternahm hier die FDP-Bundestagsfraktion, als sie am 3. Dezember 2004 einen Antrag zu Tschetschenien in den Bundestag einbrachte, den wortgleich zwei Monate zuvor der Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Kiel verabschiedet hatte, um so der durch Putin heraufbeschworenen Gefahr des „russischen Roulettes“ zu begegnen, die Bundesregierung „zum Jagen“ zu tragen und die „grüne Schizophrenie“ anzuprangern, wie es Werner Hoyer zur Begründung formulierte. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Dezember 2004 (Plenarprotokoll 15/146).

103 Plenarprotokoll 15/146.

und Wahrung der Menschenrechte markieren die beiden Seiten dieser Übereinstimmung, die sich spätestens seit den monströsen Anschlägen von Dubrowka und Beslan auch in einer balancierten Kritik an den Operationen beider Konfliktparteien manifestiert. Hinzu kommt, dass angesichts deren Intransigenz auch der Raum für politische Initiativen vermindert ist. Selbst behutsame Vorstöße hatten bislang keinerlei Erfolg.<sup>104</sup> Und große Entwürfe, analog zum Balkan einen Kaukasus-Stabilitätspakt der EU aufzulegen und damit eine Internationalisierung der Konfliktlösung herbei zu führen, erhielten angesichts der unkalulierbaren Kosten und Risiken sowie der Widerstände vor Ort weder in der Bundesregierung noch im Bundestag je nennenswerte Unterstützung, auch wenn sie immer wieder ins Gespräch gebracht werden.

Eine andere Perspektive auf die Kollision von Interessen und Werten eröffneten die „Rosen-Revolution“ im Dezember 2003 in Georgien und mehr noch die „Orange Revolution“ im darauf folgenden Jahr in der Ukraine. Vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt zum „Lackmустest für die viel gepriesenen guten deutsch-russischen Beziehungen“ erhoben,<sup>105</sup> gewann hier das westliche Demokratiepostulat sehr praktische Relevanz. Darin waren Regierung und Opposition im Prinzip einig, was sich in der einhelligen Verabschiedung eines Antrags nieder schlug, der die Wahlfälschungen bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen im November 2004 zurückwies. Dessen ungeachtet trafen auch in dieser Debatte die vertrauten Vorwürfe aufeinander. Namentlich der Bundeskanzler scheute, so Friedbert Pflüger, „offene Worte“ gegenüber Putin und müsse „generell sehr viel klarer Stellung“ nehmen oder mit den etwas distinguierten Worten Wolfgang Gerhardts „eine gepflegte offene Aussprache“ führen. Dem hielten die Regierungsparteien entgegen, dass dies „einen großen Fehler“ und eine „Provokation“ darstelle, da man, so Ludger Volmer, „durch eine falsche öffentliche Tonlage den guten Gesprächsfaden nach Moskau abschneiden“ würde.<sup>106</sup> Joschka Fischer wiederum dokumentierte seine operative Marginalisierung, indem er den Strauß möglicher Überlegungen und Bedenken in seiner ganzen Pracht aufblätterte, um ihn dann unentschlossen in der politischen Landschaft liegen zu lassen. Er verwies auf die deutschen Interessen, mit denen er sich „jetzt nicht auseinander“ setzen wollte, auf die „prinzipien- und grundsatzorientierte Haltung“, wie sie von der Bundesregierung verfolgt werde, die „Machtverhältnisse, die „nur bedingt beeinflussbar“ seien und die Notwendigkeit, „die strategische Westöffnung Russlands aufrechtzuerhalten“, da wir uns sonst „in einer unter vielen Gesichtspunkten sehr veränderten Welt“ wieder finden würden.<sup>107</sup>

Für den Kurs des Bundeskanzlers stellte die Krise in der Ukraine in der Tat eine gravierende Herausforderung dar, denn sie entfernte Russland weiter denn je während Putins

104 So scheiterte das deutsche Angebot aus Anlass der Regierungskonsultationen vom Dezember 2004 zu humanitärer Hilfe und einem verstärkten wirtschaftlichen Engagement nach nur wenigen Monaten an der russischen Bürokratie, die sich der von Putin konzidierten Kooperation entzog.

105 So in der Bundestagsdebatte am 24. November 2004, Plenarprotokoll 15/141.

106 Plenarprotokoll 15/141. Auch in dieser Debatte machte sich Friedbert Pflüger mit den Worten: „Wir sollten dabei auf unsere polnischen Freunde hören – schließlich wissen sie am meisten über die Ukraine“ zum Sprachrohr Polens und seiner Ansprüche, der EU-Ostpolitik den Weg zu weisen.

107 Plenarprotokoll 15/141.

Amtszeit vom Westen. Allerdings konnte Schröders enge Beziehung zu Putin in zwei langen Telefongesprächen erstmals in dieser Deutlichkeit ihren konfliktregulierenden Wert unter Beweis stellen – ungeachtet der auch von ihm eingeräumten „Meinungsverschiedenheiten“.<sup>108</sup> Zwar wurden in den öffentlichen Verlautbarungen beider Seiten über die Gespräche unterschiedliche Akzente gesetzt. Signifikant ist aber, dass sich Schröder mit erheblicher Empathie für die russischen Bedürfnisse auch öffentlich gegen die inhärente Isolierungsdynamik wandte, die damals beunruhigend schnell ihre Wirkung entfaltete. So betonte er in der zweiten Bundestagsdebatte zu den ukrainischen Wahlen am 1. Dezember im Einklang mit Putins Kernforderung die Notwendigkeit, in der Ukraine eine „demokratische Lösung auf der Basis der ukrainischen Verfassung“ zu finden, forderte zu „Dialog“ und „Kompromissbereitschaft“ auf und bekannte sich demonstrativ nicht nur zu den legitimen russischen Interessen in der Ukraine, sondern auch dazu, dass beide Länder – „aufeinander angewiesen“ – auch künftig eng zusammenarbeiten müssten. Dabei mag seine Bekräftigung, unabhängig von den aktuellen Differenzen „alles zu tun, um die strategische Partnerschaft mit Russland auf eine neue Stufe zu heben,“ die Bemühungen, der russischen Seite Flexibilität abzuverlangen, erleichtert haben.<sup>109</sup> Und es war nicht minder bedeutsam, dass auch im Bundestag „geopolitischen Spielen“, wie sie nach Darstellung Gernot Erlers im demokratisch revolutionären Überschwang an „einigen amerikanischen Schreibtischen“ ersonnen wurden, eine dezidierte Absage erteilt wurde: „Es gibt keine politische Einmischung von uns – und es wird auch keine geben –, aber es gibt auf allen Ebenen Sympathie für die orange Revolution.“<sup>110</sup>

Die Krise der deutsch-russischen Beziehungen im Schatten der ukrainischen Präsidentschaftswahlen blieb ebenso Episode wie die farbigen Revolutionen in der GUS selbst, auch wenn namentlich Michail Saakaschwili sie als Einstieg in die „dritte und abschließende Welle der europäischen Befreiung“ begreifen wollte.<sup>111</sup> Gleichwohl dokumentierte sie, dass sich Interessen keineswegs von den Werten abkoppeln lassen, wenn diese auf der Straße geschichtsmächtig ihre eigene Dynamik entfalten. Dem zollte auch der Bundeskanzler Tribut, wenngleich ihm weder die damit einhergehenden Risiken für die politische Stabilität in Europa noch die geostrategischen Konnotationen behagten. Dabei fügt sich, dass in der deutschen Politik anders als in den USA Demokratieförderung traditionell kein Thema der *high politics*, sondern der transnationalen gesellschaftlichen Aktivitäten ist.<sup>112</sup> Und hier hat die rot-grüne Koalition einige Anstrengungen unternommen, um auch für die „Partnerschaft der Zivilgesellschaften“ eine kooperative Infrastruktur zu schaffen. Dazu gehört neben dem semi-offiziellen Forum des Petersburger Dialogs eine Intensivierung des gesellschaftlichen Austauschs, wie sie ihren Niederschlag in der Ge-

108 Vgl. dazu sein Interview in: Die Welt, 5. Dezember 2004.

109 Plenarprotokoll 15/144.

110 Ibid.

111 Vgl. Michail Saakashvili, Europe's third wave of liberation, Financial Times, 20. Dezember 2004, S. 15.

112 Offizielle Programme, wie im russischen Fall das TRANSFORM-Programm zur bilateralen technischen Zusammenarbeit der Bundesregierung, beschränken sich daher regelmäßig auf die Förderung des marktwirtschaftlichen Wandels und der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Und selbst dieses Programm ist 2005 ausgelaufen, nachdem es bereits seit 1996 schrittweise zurückgeführt worden war.

meinsamen Erklärung über strategische Partnerschaft auf dem Gebiet der Bildung, Forschung und Innovation, bei der Kultur in Gestalt der deutsch-russischen Kulturjahre 2003/2004 und bei den Jugendkontakten im Abkommen zur Einrichtung von Koordinierungsbüros in den Partnerstaaten gefunden hat.

Dass auch auf dieser Ebene ein langer Atem gefordert ist, zeigt in frustrierender Deutlichkeit der Petersburger Dialog, der beim Kurzbesuch Schröders am 25. September 2000 in Moskau mit dem Ziel angeregt wurde, die Zivilgesellschaften beider Länder einander näher zu bringen. In ihm bündeln sich die systematischen Probleme, unter denen die deutsch-russischen Beziehungen leiden und die dazu beitragen, dass sie sich immer wieder *faute de mieux* auf persönliche Beziehungen an der Staats- und Regierungsspitze verengen. Bis heute ist es dem Dialog nicht gelungen, den rituellen Charakter zu überwinden, den er seiner Gründung und Inszenierung auf Initiative Putins und Schröders verdankt. Vielmehr sind diplomatische Sensibilitäten, aufwändige Inszenierungen und ein auf russischer Seite nur begrenztes personelles und diskursives Engagement eine den angestrebten Dialog der Zivilgesellschaften erstickende Verbindung eingegangen. So wenig der Petersburger Dialog bislang seinem Anspruch gerecht werden konnte, so sehr wird er gleichwohl als institutionelles Gerüst benötigt, um die immer noch prekären Kooperationskanäle auch von dieser Seite infrastrukturell abzusichern – auch wenn etwa die politischen Stiftungen als maßgebliche Träger auf deutscher Seite regelmäßig am Rande der Resignation balancieren.

Die politischen Stiftungen sind die maßgeblichen Akteure der deutschen Demokratieförderung in Russland, und sie sind alle mit eigenen Büros in Moskau (und zum Teil auch in anderen russischen Städten) präsent. National wie international als Prototypen einer erfolgreichen Demokratieförderung gepriesen und Vorbild bei der Schaffung amerikanischer Pendanten wie des „National Endowment for Democracy“ in den 1980er Jahren, operieren sie jedoch heute mit ihren begrenzten und zersplitterten Ressourcen weithin in deren Schatten. Auch unterscheidet sich bei gleichen demokratischen Zielen das Profil ihrer Tätigkeit von den US-Aktivitäten – und zwar nicht allein auf Grund des breiten parteipolitischen Pluralismus, der von der CSU bis zur PDS reicht. Die US-Stiftungen betreiben mit einem beträchtlichen finanziellen und personellem Einsatz den Aufbau und die infrastrukturelle Förderung politischer Parteien und Nichtregierungsorganisationen, die sie wie in Georgien und der Ukraine als selbständige Akteure ihrer Couleur gegen die etablierten politischen Eliten in Stellung zu bringen suchen. Dagegen setzen die deutschen Stiftungen ungeachtet ihrer Regierungs- oder Oppositionsaffinitäten auf den „politischen Dialog“ mit ihren Partnern und deren Organisationen in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, fördern gezielt innergesellschaftliche Dialoge zwischen Vertretern von Staat und Gesellschaft und streben den Aufbau transnationaler Netzwerke an. Ihre Aktivitäten sind daher langfristiger angelegt und stärker nachfrageorientiert.<sup>113</sup> Damit ist noch keine Aussage über die Effizienz oder gar die Effektivität getroffen; es ist aber offenkundig,

113 Vgl. zum Tätigkeitsprofil detailliert Winfried Schneider-Deters, *Civil Diplomacy. Politische Stiftungen in Ost- und Ostmitteleuropa*, in: *Osteuropa*, 55. Jg., Nr. 8, 2005, S. 107-123. Er war u. a. Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew und Tblissi.

dass ein solcher Ansatz in Russland sehr viel stärker mit dem kooperativen Kurs der deutschen Bundesregierung harmoniert, als wenn sich auch die deutschen Stiftungen ähnlich wie ihre amerikanischen Mitstreiter und Konkurrenten demonstrativ auf die Seite demokratisch-revolutionärer Veränderungen im Sinne eines *regime change* schlagen würden.

## 7. Renaissance der Zivilmacht?

Wladimir Putin hat in einem Rückblick auf die Kanzlerschaft Gerhard Schröders hervor gehoben, dass dieser trotz seiner ursprünglichen Kritik an „einzelnen Elementen der Russland-Politik seines Amtsvorgängers“ als Kanzler „im Grunde genommen die Linie von Helmut Kohl“ fortgesetzt habe. Dies war nach Putins Auffassung kein Zufall und brachte „weder eine Abweichung von Prinzipien noch konjunkturbedingte Überlegungen“ zum Ausdruck, sondern entsprach den „Realitäten der heutigen Welt“, wonach „von den guten Beziehungen zwischen Russland und Deutschland nicht nur eine sichere Energieversorgung Europas, nicht nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit unserer Volkswirtschaften, sondern im weitesten Sinne dieser Worte die Stabilität und Sicherheit in der Welt abhängen“.<sup>114</sup> Das ist eine ziemlich getreue Bilanz der rot-grünen Russlandpolitik, in der sich nach anfänglichem Zögern schließlich mit Macht die Interessen des Handelsstaates und seiner maßgeblichen Akteure gegen die demokratischen Werte der gesellschaftlichen Bremser durchgesetzt haben. Sind insoweit die Bestimmungsgründe der deutschen Russlandpolitik geklärt, bleiben doch Zweifel an deren auch künftig ungeschmälerter Umsetzung. Daher Putins Verweis auf die vermeintlich objektiven „Realitäten,“ der bei aller persönlichen Verbundenheit mit Schröder auch ein politisches Signal an dessen Nachfolgerin darstellt, von der Moskau nach den Erfahrungen mit früheren Regierungswechseln auch jetzt eine Abkühlung befürchtete.

Tatsächlich hatte die Opposition in den Jahren zuvor keinen öffentlichen Zweifel gelassen, dass sie die deutsche Russlandpolitik auf eine neue Grundlage stellen wollte und damit eine solche Abkühlung zumindest billigend in Kauf zu nehmen bereit war. Davon blieb jedoch schon im heraufziehenden Bundestagswahlkampf nicht allzu viel übrig. Offenkundig war den Oppositionsparteien nicht daran gelegen, dass sich an Russland die Wahlkampfgeister scheiden. Und so ließen sie verlauten, dass es auch unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung „viel Kontinuität im deutsch-russischen Verhältnis“ geben und dass auch Angela Merkel „mit der Putin-Administration und Putin selbst ein gutes und enges, vertrauensvolles Verhältnis“ haben werde, da Russland eben ganz im Sinne der obigen Feststellung Putins „ein gewaltiges Land, mit gewaltigen Energievorräten“ sei, noch dazu ein „boomendes Land“, das zudem für Frieden und Sicherheit in Europa unverzichtbar sei.<sup>115</sup> Das demonstrative Bekenntnis Angela Merkels zur „strategi-

114 Wladimir W. Putin, Gerhard Schröder und die internationale Politik. Eine unabhängige Außenpolitik ist eines der Kernelemente der Souveränität eines Landes, in: Vorwärts, Nr. 12, 2005–Nr. 1, 2006, S. 11.

115 So Friedbert Pflüger in einem Interview mit DLR Kultur am 8. September 2005, in: [www.friedbert-pflueger.de](http://www.friedbert-pflueger.de).

schen Partnerschaft,“ das sie am 8. September unmittelbar vor der Wahl auf dem kurzen Treffen mit Putin in der Russischen Botschaft in Berlin ablegte, fügt sich in dieses Bild.<sup>116</sup>

Gemessen am distanzierten Start der rot-grünen Koalition, die ihren Worten durchaus Taten folgen ließ, bewegt sich die neue Regierung mithin auf einem weit freundlicheren Niveau – und dies nicht allein, weil die SPD als Koalitionspartner auf Kontinuität pocht. Zwar setzen die beiden Regierungsparteien auch nach den Wahlen unterschiedliche Akzente, doch lassen sich diese kaum zu einem neuen Anlauf in der Russlandpolitik verdichten.<sup>117</sup> Darum auch war es möglich, in einem Grundsatzdokument wie dem Koalitionsvertrag ein *mixtum compositum* all jener *catchwords* zu versammeln, mit denen sich CDU/CSU und SPD in den letzten Jahren auf der öffentlichen Bühne traktiert haben. Dass sich deutsche Außenpolitik im Bekenntnis zur Kontinuität von den „Interessen und Werten unseres Landes“ leiten lassen will, weist bereits eine gewisse Konnotation zu vergangenen Kontroversen auf. Dies konkretisiert sich, wenn zur Russlandpolitik selbst angemerkt wird, dass sie sich „an den Werten, denen Europa verpflichtet ist,“ orientiere, die Referenz an die Demokratieklauseln im EU-Partnerschaftsabkommen dann aber mit der Formulierung „und unter Berücksichtigung seiner Traditionen“ wieder relativiert wird. Hier kündigt sich ebenso Rücksichtnahme und Großzügigkeit an wie mit der Feststellung, dass Deutschland „ein besonderes Interesse“ daran habe, dass Russlands „schwierige Modernisierung“ durch eine „verstärkte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit unterstützt wird“. Das „besondere Interesse“ manifestiert sich sodann im Bekenntnis zur „strategischen Partnerschaft“ – bilateral wie im Rahmen der EU. Doch wird auch dies relativiert, da die Beziehungen zu Russland so zu gestalten sind, „dass sie unsere gemeinsamen Nachbarn im Geiste der Freundschaft und des Vertrauens einbinden“. Das spielt auf Polen und das Baltikum sowie die CDU-Kritik an der deutsch-russischen „Achse“ an und findet seine Ergänzung in der Forderung, der Zusammenarbeit mit „unseren Nachbarn und den neuen Mitgliedstaaten“ eine „neue Qualität und Intensität“ geben zu wollen, wobei namentlich das „Weimarer Dreieck“ Erwähnung findet, nicht jedoch die seit 2003 regelmäßig abgehaltenen deutsch-französisch-russischen Konsultationen. Dass zudem eine „langfristige Energiepartnerschaft“ angestrebt wird, aber natürlich „ohne einseitige Abhängigkeiten,“ rundet das widersprüchliche Bild.<sup>118</sup>

Die rhetorischen Pirouetten des Koalitionsvertrags reflektieren nicht nur die residuellen Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD, sie dokumentieren ebenso, dass auch nach der von Schröder und Putin orchestrierten Annäherung die deutsch-russischen Beziehun-

116 Vgl. „Schröder and Putin cementing relationship“, in: International Herald Tribune, 8. September 2005, S. 3; The Moscow Times, 9. September 2005, S. 1. Sie tat dies auf russisch, wie auf der Website des Kreml aufmerksam registriert wurde, [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru).

117 So wurde im Zuge der Regierungsbildung lanciert, dass die neue Führung des Kanzleramts die Koordinaten der deutschen Außenpolitik schon ein wenig adjustieren möchte – zurück in die einst etablierte Balance und damit weg von Russland und hin zu Amerika, weg von Frankreich und hin zu den Mittel-Osteuropäern, vgl. z. B. „Vor der Schlacht“, Der Spiegel, Nr. 47, 21. November 2005, S. 36; „Kalter Frieden“, Der Spiegel, Nr. 48, 28. November 2005, S. 22-25; Horst Bacia, Deutschland und Europa, FAZ, 18. November 2005, S. 12, der sich auf ein Gespräch mit dem neuen Leiter der außenpolitischen Abteilung im Kanzleramt, Christoph Heusgen, stützt.

118 Koalitionsvertrag CDU, CSU, SPD vom 11. November 2005, S. 125-127, 134.

gen prekär bleiben. Insoweit mag deren freundschaftliche Evolution als prototypisches Beispiel für die Relevanz des subjektiven Faktors in der Geschichte gelten. Doch steckt mehr dahinter, zumal sich hier ein Beziehungsmuster wiederholte, das schon für die schwarz-gelbe Koalition unter Helmut Kohl gegolten hatte. Dessen Charakteristikum ist, dass die *entente cordiale* an der Staatsspitze mit einer immer noch ausgeprägten Distanz an der gesellschaftlichen und politischen Basis kontrastiert. Dort verfügt Russland allein in der deutschen Wirtschaft über eine artikulierte Lobby, deren Euphorie es heute als einzigen Fehler erscheinen lässt, nicht bei der Russland-Bonanza dabei zu sein. Es fehlt den deutsch-russischen Beziehungen folglich nach innen ein gesellschaftlich-infrastrukturelles Fundament wie nach außen ein fester institutioneller Rahmen, was den demonstrativen *accord* an der Spitze ebenso beliebig und artifiziell erscheinen lässt, wie er zugleich *conditio sine qua non* jeglicher substanzieller Annäherung ist. Dieses Dilemma beruht darauf, dass sich in Russland die Staatsräson außenpolitischer Entscheidungsfreiheit und ihre vielfältigen geostrategischen Optionen mit einer innenpolitischen Unübersichtlichkeit paart, die nicht minder konträre Entwicklungspfade bereit hält. Daraus entsteht ein Amalgam, das nahezu durchgängig mit den deutschen außenpolitischen Sozialisationsmustern der Zivilmacht kontrastiert. Sie jedoch reaktivieren immer wieder traditionelle antirussische Phobien und bieten der Kritik an der konträren regierungsamtlichen Praxis im innenpolitischen Diskurs einen programmatischen Anker.

Es ist vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich, dass bei Regierungswechseln anfangs die oppositionellen Diskursmuster unmittelbar in das Regierungshandeln durchschlagen – anders als in den Beziehungen zu den USA, wo die verdichtete Infrastruktur der Beziehungen die zum Teil nicht minder deutlich artikulierten Reserven der öffentlichen Debatte im Regelfall regierungsamtlich neutralisiert. Insoweit finden die konstruktivistischen Erklärungen außenpolitischer Verhaltenssteuerung ihre empirische Bestätigung, doch galt dies bislang nur für die Anfangsphase neuer Regierungen und bei der Großen Koalition selbst hier nur mehr in homöopathischen Dosen.<sup>119</sup> Denn während Russland in nahezu jeder Dimension das Kontrastprogramm zu einer Zivilmacht verkörpert, ist es zugleich naheliegender Partner für die deutschen sicherheitspolitischen und mehr noch seine ökonomischen Interessen. Unter realistischen und liberalen Auspizien ist eine Annäherung zwar nicht zwingend, aber durchaus plausibel, da es seit den Zeiten der rot-grünen Koalition praktisch keine bilateralen Probleme mehr gibt, aber viele bilaterale Chancen, auf die mit der Wirtschaft ein Akteur von Gewicht mit Nachdruck pocht. Den Chancen steht lediglich das Demokratieproblem entgegen, das ein – wachsendes – Konfliktpotenzial für die deutsch-russischen Beziehungen und im Sinne politischer Kohärenz und Glaubwürdigkeit potenziell auch für die Koalition birgt.

Zwar demonstriert die Große Koalition angesichts solcher struktureller Ausgangsbedingungen eine keineswegs selbstverständliche Kontinuität, doch hat mit ihrer Bildung ein innenpolitisches *realignment* stattgefunden, das die Kommunikations- und Entschei-

119 Dies lassen Ziel und Ablauf von Angela Merkels Antrittsbesuch in Moskau am 16. Januar 2006 ebenso erkennen wie das Bekenntnis des SPD-Staatsministers im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, „kritischer als früher auf die innere Entwicklung in Russland“ schauen zu wollen, Interview in der Frankfurter Rundschau, 16. Januar 2006, S. 2.

dungsprozesse innerhalb der Bundesregierung verändert. Einstweilen wirkt sich dies vor allem auf den Stil und weniger auf den Inhalt aus. So ist die in Schröders zweiter Amtszeit vollendete Monopolisierung der Russlandpolitik durch das Kanzleramt vorbei; künftig wird das Auswärtige Amt wieder eine gewichtigere Rolle spielen. Das muss kein Schaden sein, ebenso wenig wie die Tatsache, dass der Außenminister als Schröders Traditionswahrer gegenüber Russland bevorzugt die deutschen Interessen und die Bundeskanzlerin im Bemühen um ein eigenes Profil *nolens volens* die deutschen Werte im Sinn hat. Da beides ohnehin nicht zu trennen ist, verspricht dies eine durchaus produktive Spannung. Nach außen allerdings genießt die Bundeskanzlerin den Startvorteil, auf Augenhöhe mit dem russischen Präsidenten operieren zu können, während sich dem Außenminister angesichts der russischen Neigungen zum zentralistischen Bilateralismus kein direkter Ansprechpartner von politischem Gewicht bietet. Das ist um so spürbarer, als im Bereich der wirtschaftspolitischen Kooperation die Infrastruktur zwar gut entwickelt ist, auf der außenpolitischen Ebene jedoch ein Äquivalent fehlt, wie es etwa unter US-Präsident Clinton die Gore-Tschernomyrdin-Kommission darstellte. Hier gibt es folglich Handlungsbedarf, zumal die *entente cordiale* an der Spitze wohl erst einmal ausfällt.

Kontinuität demonstrierte die Große Koalition auch darin, dass sie sich bei ihrem Amtsantritt wie jede neue Bundesregierung durch demonstrative Bekenntnisse und Besuchsgesten der deutschen Raison als multilateral verankerte Zivilmacht rückversicherte. Und hier befindet sich Russland nach wie vor nur im zweiten Glied. Über den traditionsverbundenen Einstieg hinaus stellt sich aber auch hier die Frage nach etwaigen *realignments* und der künftigen Balance zwischen den uni-, bi- und multilateralen Optionen, denn die deutsche Russlandpolitik ist nicht nur, wie einst von der Opposition gefordert, aber auch EU-(und in geringerem Umfang NATO-)Politik. Zwar hat Außenminister Steinmeier bei Amtsantritt noch einmal betont, dass Gerhard Schröder und Joschka Fischer „mit Mut und Augenmaß die Spielräume deutscher Außenpolitik neu vermessen“ und auf diese Weise das weltweite Ansehen Deutschlands gesteigert hätten.<sup>120</sup> Das kann und wird jedoch nicht auf eine nahtlose Fortsetzung der von Schröder geprägten Muster hinauslaufen, die zumindest temporär den Eindruck vermittelten, Moskau diene als Berliner Sprungbrett, um sich der lästigen Bonner Traditionen zu entledigen. Russland und die deutsch-russischen Beziehungen eignen sich nur sehr begrenzt als exponiertes Testfeld, weder für einen deutschen Unilateralismus noch für Versuche, den bilateralen Beziehungen über die EU multilaterale Fesseln anlegen zu wollen. Letzteres würde die deutsch-russischen Beziehungen den Moskauer Affekten gegen Brüssel opfern und sie zudem der Gefahr einer polnischen Konditionierung ausliefern, während deutsch-russische Exklusivität beträchtliche europäische Kollateralschäden produziert. Es geht folglich um Komplementarität und konkret darum, den deutsch-russischen Bilateralismus mit einer europäischen Richtung zu versehen, die zugleich als Sozialisationsinstrument für Russland wirkt. Damit ist nicht die Neigung Schröders gemeint, sich bilateral auf die Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen zu konzentrieren und das störende Element, die russischen Demokratiedefizite, an die EU zu delegieren – eine Arbeitsteilung, die kaum dauer-

120 So Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zur Amtsübernahme am 23. November 2005, in: [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)



haft Bestand haben kann.<sup>121</sup> Vielmehr geht es darum, deutsches Profil auch über multilaterale Projekte zu gewinnen, die Russland enger an die EU sowie darüber hinaus an den Konsultationsmechanismus der NATO binden. Diese soll, auch hier gibt es Kontinuität, nach Auffassung der Großen Koalition künftig wieder „zum zentralen Ort des transatlantischen sicherheitspolitischen Dialogs“ werden und stellt angesichts der aktuellen globalen Sicherheitsprobleme insoweit eine ideale Brücke für die Einbeziehung Russlands dar.<sup>122</sup> In jedem Fall bedürfen die bilateralen Beziehungen einer stabilen institutionellen Basis, soll „strategische Partnerschaft“ mehr als ein Placebo für mangelnde Anbindung sein und sollen diese weniger konjunkturanfällig werden. Das aber verlangt einen multilateralen Rahmen.

Dem stehen auf westlicher Seite keine systematischen Hindernisse entgegen, wohl aber auf Seiten Russlands, dessen innere Ordnung sich mit jeder Reform weiter von den westlichen Demokratiepostulaten entfernt. Von der wachsenden Lücke zwischen den politischen Ordnungsvorstellungen gehen denn auch die absehbar größten Risiken für das deutsch-russische Verhältnis aus. Dabei stellt sich die Lage durchaus widersprüchlich dar, was höchst konträre Lesarten des empirischen Befundes einschließt. Einerseits hat sich Putins autoritärer Etatismus als Bedingung für die deutsch-russische Interessenallianz erwiesen. Andererseits fordert er die demokratische Glaubwürdigkeit deutscher Politik heraus und gefährdet auf längere Sicht auch die Interessenallianz, da im Sinne der aktuell gültigen Paradigmen Frieden wie wirtschaftliche Modernisierung nicht von demokratischen Ordnungen zu trennen sind. Die Schmerzgrenze ist angesichts dieser Ambivalenz schwer zu bestimmen, kam jedoch während der orangen Revolution in der Ukraine bereits in Sichtweite. Zwar hat sich die Aufregung auf beiden Seiten wieder gelegt, zumal von den hoch fliegenden auch geostrategisch inspirierten Ambitionen nur mehr die Mühen der Ebene blieben und die revolutionären Farben verblassen ließen. Die Brisanz ist damit jedoch nicht beseitigt, wovon sowohl die autoritär präventiven Maßnahmen in Moskau zeugen als auch die labile Situation in einer Reihe weiterer GUS-Staaten, in denen sich Russland und Deutschland schon heute auf entgegen gesetzten Seiten einfinden. Eine Wiederholung des ukrainischen Szenario in Minsk oder Moskau hätte Konsequenzen, die sehr viel schwerer einzudämmen sind. Insoweit entscheidet auch Russland selbst, welche Strategie der Partnerschaft angemessen ist.

121 Der Versuch der EU-Kommission vom Februar 2004, nach den Erfahrungen mit Berlusconi's Eskapaden beim römischen EU-Russland-Gipfel die Alleingänge einzelner Mitgliedstaaten durch eine Überprüfung der EU-Russlandpolitik und durch eine Bekräftigung der Demokratie-Konditionen („The EU as a whole should confirm that shared European values remain the basis for deepening relations.“) zeitigte jedenfalls keine besonderen Früchte, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament on relations with Russia, COM (2004) 106, S. 4.

122 Koalitionsvertrag CDU, CSU, SPD vom 11. November 2005, S. 152.

## Anlage

### Deutscher Export und Import

		Deutscher Export (Euro)	Veränderung (%)	Anteil (%)
<b>Russland</b>	<b>1996</b>	5.856	./.	1,5
	<b>1997</b>	8.402	+ 43,5	1,9
	<b>1998</b>	7.420	- 11,7	1,5
	<b>1999</b>	5.057	- 31,7	1,0
	<b>2000</b>	6.659	+ 31,7	1,1
	<b>2001</b>	10.267	+ 54,2	1,6
	<b>2002</b>	11.373	+ 10,8	1,8
	<b>2003</b>	12.110	+ 6,5	1,8
	<b>2004</b>	14.973	+ 23,6	2,0
<b>Ukraine</b>	<b>1996</b>	993	./.	0,25
	<b>1997</b>	1.366	+ 40,0	0,3
	<b>1998</b>	1.475	+ 8,0	0,3
	<b>1999</b>	1.018	- 31,0	0,2
	<b>2000</b>	1.433	+ 40,8	0,2
	<b>2001</b>	2.026	+ 41,4	0,3
	<b>2002</b>	2.285	+ 12,8	0,35
	<b>2003</b>	2.588	+ 13,3	0,4
	<b>2004</b>	2.975	+ 15,0	0,4
<b>Polen</b>	<b>1996</b>	8.367	./.	2,1
	<b>1997</b>	10.566	+ 26,3	2,3
	<b>1998</b>	12.340	+ 16,8	2,5
	<b>1999</b>	12.378	+ 0,3	2,4
	<b>2000</b>	14.512	+ 17,2	2,4
	<b>2001</b>	15.206	+ 4,8	2,4
	<b>2002</b>	16.103	+ 5,9	2,5
	<b>2003</b>	16.391	+ 1,8	2,5
	<b>2004</b>	18.817	+ 14,8	2,6

		Deutscher Export (Euro)	Veränderung (%)	Anteil (%)
<b>Ungarn</b>	<b>1996</b>	4.268	./.	1,1
	<b>1997</b>	5.964	+ 39,7	1,3
	<b>1998</b>	7.806	+ 30,9	1,6
	<b>1999</b>	8.481	+ 8,7	1,7
	<b>2000</b>	10.299	+ 21,5	1,7
	<b>2001</b>	10.519	+ 2,1	1,65
	<b>2002</b>	11.184	+ 6,3	1,7
	<b>2003</b>	11.869	+ 6,1	1,8
	<b>2004</b>	12.502	+ 5,3	1,7
<b>USA</b>	<b>1996</b>	30.736	./.	7,6
	<b>1997</b>	39.174	+ 27,5	8,6
	<b>1998</b>	45.889	+ 17,1	9,4
	<b>1999</b>	51.425	+ 12,1	10,1
	<b>2000</b>	61.764	+ 20,0	10,3
	<b>2001</b>	67.824	+ 9,8	10,6
	<b>2002</b>	68.263	+ 0,7	10,5
	<b>2003</b>	61.669	- 9,7	9,3
	<b>2004</b>	64.802	+ 5,1	8,8
<b>VR China</b>	<b>1996</b>	5.567	./.	1,4
	<b>1997</b>	5.434	- 2,4	1,2
	<b>1998</b>	6.085	+ 12,0	1,25
	<b>1999</b>	6.949	+ 14,2	1,4
	<b>2000</b>	9.459	+ 36,1	1,6
	<b>2001</b>	12.118	+ 28,1	1,9
	<b>2002</b>	14.571	+ 20,2	2,2
	<b>2003</b>	18.201	+ 24,9	2,75
	<b>2004</b>	20.995	+ 15,4	2,9
<b>Gesamt</b>	<b>1996</b>	403.375	./.	./.
	<b>1997</b>	454.342	+ 12,6	./.
	<b>1998</b>	488.371	+ 7,5	./.
	<b>1999</b>	510.008	+ 4,4	./.
	<b>2000</b>	597.440	+ 17,1	./.
	<b>2001</b>	638.268	+ 6,8	./.
	<b>2002</b>	651.320	+ 2,1	./.
	<b>2003</b>	661.613	+ 1,6	./.
	<b>2004</b>	733.456	+ 10,9	./.

		Deutscher Import (Euro)	Veränderung (%)	Anteil (%)
<b>Russland</b>	<b>1996</b>	7.896	./.	2,2
	<b>1997</b>	8.776	+ 11,1	2,2
	<b>1998</b>	7.703	- 12,2	1,8
	<b>1999</b>	8.377	+ 8,8	1,9
	<b>2000</b>	14.700	+ 75,5	2,7
	<b>2001</b>	14.558	- 1,0	2,7
	<b>2002</b>	13.178	- 9,5	2,5
	<b>2003</b>	13.360	+ 1,4	2,5
	<b>2004</b>	16.218	+ 21,4	2,8
<b>Ukraine</b>	<b>1996</b>	371	./.	0,1
	<b>1997</b>	579	+ 56,0	0,15
	<b>1998</b>	629	+ 8,6	0,15
	<b>1999</b>	575	- 8,6	0,1
	<b>2000</b>	872	+ 51,7	0,15
	<b>2001</b>	853	- 2,2	0,15
	<b>2002</b>	761	- 10,8	0,15
	<b>2003</b>	742	- 2,5	0,1
	<b>2004</b>	972	+ 31,0	0,2
<b>Polen</b>	<b>1996</b>	6.239	./.	1,8
	<b>1997</b>	7.340	+ 17,7	2,0
	<b>1998</b>	8.407	+ 14,5	2,0
	<b>1999</b>	9.218	+ 9,7	2,1
	<b>2000</b>	11.939	+ 29,5	2,2
	<b>2001</b>	13.489	+ 13,0	2,5
	<b>2002</b>	14.193	+ 5,2	2,7
	<b>2003</b>	15.785	+ 11,2	3,0
	<b>2004</b>	15.940	+ 1,0	2,8
<b>Ungarn</b>	<b>1996</b>	4.062	./.	1,1
	<b>1997</b>	5.551	+ 36,7	1,4
	<b>1998</b>	7.458	+ 34,4	1,8
	<b>1999</b>	8.962	+ 20,2	2,0
	<b>2000</b>	10.633	+ 18,7	2,0
	<b>2001</b>	12.029	+13,1	2,2
	<b>2002</b>	12.154	+ 1,0	2,3
	<b>2003</b>	12.217	+ 0,5	2,3
	<b>2004</b>	13.373	+ 8,6	2,3

		<b>Deutscher Im- port (Euro)</b>	<b>Veränderung (%)</b>	<b>Anteil (%)</b>
<b>USA</b>	<b>1996</b>	25.303	./.	7,2
	<b>1997</b>	30.186	+ 21,8	7,7
	<b>1998</b>	34.925	+ 15,7	8,3
	<b>1999</b>	36.790	+ 5,3	8,3
	<b>2000</b>	47.121	+ 28,1	8,8
	<b>2001</b>	45.982	- 2,4	8,5
	<b>2002</b>	40.376	- 12,2	7,8
	<b>2003</b>	39.046	- 3,3	7,3
	<b>2004</b>	40.264	+ 3,1	7,0
<b>VR China</b>	<b>1996</b>	9.209	./.	2,6
	<b>1997</b>	11.010	+ 19,6	2,8
	<b>1998</b>	11.852	+ 7,7	2,8
	<b>1999</b>	13.795	+ 14,1	3,1
	<b>2000</b>	18.553	+ 34,5	3,5
	<b>2001</b>	19.942	+ 7,5	3,7
	<b>2002</b>	21.338	+ 7,0	4,1
	<b>2003</b>	25.024	+ 17,3	4,7
	<b>2004</b>	32.455	+ 29,7	5,6
<b>Gesamt</b>	<b>1996</b>	352.994	./.	./.
	<b>1997</b>	394.794	+ 11,8	./.
	<b>1998</b>	423.452	+ 7,3	./.
	<b>1999</b>	444.797	+ 5,0	./.
	<b>2000</b>	538.311	+ 21,0	./.
	<b>2001</b>	542.774	+ 0,8	./.
	<b>2002</b>	518.532	- 4,5	./.
	<b>2003</b>	531.970	+ 2,6	./.
	<b>2004</b>	577.375	+ 8,5	./.

Quelle: Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland (eigene Berechnungen)